Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 34 (1942)

Heft: 6-7

Artikel: Was kommt nach dem Kriege?

Autor: Rimensberger, E.F.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353085

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE
RUNDSCHAU
FÜR DIE SCHWEIZ
Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit", Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale

No. 6/7 Juni/Juli 1942 34. Jahrgang

Im Gegensatz zur Einstellung massgebender Kreise während des letzten Krieges wird heute vielfach die Meinung vertreten, der Diskussion der Nachkriegsprobleme müssen unbedingt die «endgültigen» militärischen und politischen Entscheidungen vorangehen. Abgesehen davon, dass es in dieser Welt trotz aller Wünsche und Hoffnungen nichts Endgültiges gibt, birgt unsere Zeit Fragen — sie gehören zu den allerwichtigsten! —, über die, gleichviel wie der Krieg endigt, jederzeit gesprochen werden kann und soll. Es sind Probleme, deren Vernachlässigung den letzten Krieg verursacht hat, die bis zu diesem Krieg ungelöst geblieben oder schlecht gelöst worden sind und für die, wie die Verhältnisse heute liegen, so geringe Aussichten auf eine vernünftige Lösung bestehen, dass es nach Beendigung dieses Krieges leicht zu einem dritten Weltkrieg kommen kann. Diesen Problemen, von deren Berücksichtigung in mancher Hinsicht auch das Los und der Bestand der Schweiz abhängt, sollen die nachstehenden Abschnitte gelten. *R.*

Was kommt nach dem Kriege?

Von E. F. Rimensberger.

I.

Der Krieg nach dem Kriege.

Wir meinen mit diesem Titel nicht jenen «Krieg mit andern Mitteln», der zwischen den militärischen Kriegen geführt wird und der insbesondere in der Zwischenperiode 1919/39 eine so grosse und verheerende Rolle gespielt hat. Es geht hier um den Krieg an sich, gegen den nach 1919 mit so viel Begeisterung und gutem Glauben Krieg geführt worden ist, ohne dass sich die geringste Aussicht ergeben hat, ihn im entscheidenden Augenblick auch nur zum Zwecke weiterer Verhandlungen hinausschieben oder ihn gar verhüten zu können.

Nach dem letzten Krieg war die Gefahr eines neuen Krieges genau so lange — es war nicht lange! — gebannt, als sich die Sieger wie Sieger gebärdeten und das allzeit am meisten bedrohte Frankreich jene Sicherheiten in Händen hatte und pflegte, die

allein allen Eventualitäten gewachsen sind: die militärischen Sicherheiten, die unzweifelhafte potentiale kriegerische Ueberlegenheit.

Es ist heute sinn- und nutzlos, darüber zu Gericht zu sitzen, inwieweit dieser Drang nach Sicherheiten bei Frankreich Vorwand imperialistischer Pläne war. Sicher ist, dass es mit der Sicherheit genau in dem Augenblick vorbei war, wo an die Stelle eigener militärischer Machtmittel andere Garantien traten und der Versuch gemacht wurde, diese Machtmittel durch jene «kollektive Sicherheit» zu ersetzen, bei der man glaubte, man könne die Zahl der Kanonen, Tanks und Flugzeuge durch die Zahl und Grösse der garantierenden Mächte und durch Rechtsbegriffe ersetzen. Man denke in diesem Zusammenhang nur an die durch England gewährten Garantien, die vor und nach dem Kriege als ausschlaggebend betrachtet worden sind und hinter denen kurz nach dem letzten Krieg, abgesehen von der legendären Flotte, für ein Weltreich von nahezu 6 Millionen Quadratmeilen zirka 300 Flugzeuge und 114,000 Mann weisse Truppen standen.

Krieg bedeutet Lockerung der Rechtsbegriffe. Manchmal kommt es bei besonders grossen Auseinandersetzungen und Umwälzungen sogar zur vollen Aufhebung jeglichen Rechtsbegriffes. Wenn überhaupt, so muss deshalb eine Macht, die sich — auch wenn es im guten ist — als Weltmacht fühlt und betätigen will, sich bei jeder ernsthaft betriebenen Politik und besonders in militärischen Angelegenheiten immer auf den schlimmsten Fall vorbereiten, das heisst darauf, dass man nicht nur einen vollkommenen Verhandlungs- und Schlichtungsapparat zur Verfügung hat, sondern überdies die unbedingte Ueberlegenheit in den Mitteln der nackten Macht und Gewalt besitzt.

Diese elementare Vorsichtsmassnahme ist bei der Behandlung der kollektiven Sicherheit, wie sie im Völkerbund zum Ausdruck gekommen ist, völlig übersehen worden. Man glaubte, den Krieg gegen den Krieg mit einer Art Parlament führen zu können. Ohne Zweifel kommen die Menschen beim Reden und durch das Reden einander näher. Es übt nützliche und für fortschrittliche Auffassungen notwendige Funktionen aus. Es hat an Stoff nicht gefehlt, und es wird nie daran fehlen. Die schöne Absicht durfte sich jedoch nicht auf diese nützliche Tätigkeit beschränken. *Sie setzt, wie bei jedem Parlament, eine Exekutive voraus.*

Im Grunde genommen hatte der Völkerbund keine Exekutive, kein ausführendes Organ. Was dies bedeutet, wird man sich erst heute ganz klar. Man muss sich heute die Bestimmungen des Völkerbundspaktes ins Gedächtnis rufen, um ganz verstehen zu können, wie sehr der ganze Apparat in der Luft hing.

Wenn es die Moral, die manchmal so stark wie das Schwert sein kann, hätte mit schaffen müssen, durfte vor allem der Vor-

schlag der Trennung des Völkerbundspaktes vom Versailler Vertrag, dem unglückseligen « Diktat » des Siegers, nicht erst kurz vor dem jetzigen Krieg kommen. Wenn das Gewicht der Zahl hätte den Ausschlag geben müssen, so hätte man, so widerspruchsvoll dies scheinen mag, darauf verzichten müssen, dass eine ganze Anzahl der wichtigsten und ausschlaggebendsten Beschlüsse nur mit Einstimmigkeit gefasst werden konnten, denn diese Einstimmigkeit musste in vielen Fällen bedeuten, dass überhaupt keine Beschlüsse zustande kommen konnten, während sich vielleicht bei einer Mehrheitsabstimmung ein Kern entschlossener Staaten hätte bilden können. Die Fragen der Politik sind Machtfragen, die sich bald nach dem Siege auch unter den Siegern stellen mussten. Bald musste sich zeigen und hat sich gezeigt, dass auch Sieger, und wäre es nur wegen der Verteilung der Beute, in ernste Gegensätze geraten können. Das obligatorische Schiedsgericht, das weiss jeder Gewerkschafter, ist eine Sache, auf die man sich nie und besonders nicht bei der Lösung von Machtfragen und damit bei Kriegen unbedingt verlassen kann. Mit dem Recht zum Kampf ist es wie mit dem Streikrecht: niemand lässt sich diese ultima ratio gerne nehmen. Die Abrüstung auf « das geringste Mass, das mit der nationalen Sicherheit und den Verpflichtungen der Durchführung gemeinsamer Aktionen vereinbar ist », ist ein Widerspruch in sich und eine Unmöglichkeit, solange das militärische Instrument für die gemeinsame Abwehr nicht geschaffen ist. Es war eine unverzeihliche Naivität, zu glauben, dass mit der Abrüstung begonnen oder die weitere Rüstung vernachlässigt werden kann, sobald der Angreifer abgerüstet ist und bevor jene Kontrolle geschaffen ist, die eine Aufrüstung des Gegners vermeiden kann (falls dies überhaupt möglich ist). Man musste sich klar sein, dass die vom Pakt vorgesehene « volle und offene Information über das Mass der eigenen Rüstungen » letzten Endes ausschliesslich vom guten oder schlechten Willen der einzelnen Staaten abhängen musste. Was unter dem Regime dieser Offenheit geschehen kann, hat uns zum Beispiel Japan gezeigt, dessen gewaltiger Kriegsapparat, obwohl er zu einem Teil von seinen jetzigen Feinden geliefert worden ist (man denke nur an die Treibstoffe), eine grosse Ueberraschung dieses Krieges ist.

Was wir oben über die gleichzeitige Abrüstung und militärische Bereitschaft gesagt haben, gilt auch für den Artikel 10 des Paktes, in dem sich die Mitglieder des Bundes verpflichten, die territoriale Integrität und die bestehende politische Unabhängigkeit aller Mitglieder zu respektieren und gegen äussere Angriffe zu schützen (wobei über das « wie » lediglich gesagt wird, dass der Völkerbundsrat die dazu nötigen Schritte vorschlagen wird). Von welchem — an sich durchaus ehrbaren — Geist der Völkerbundspakt beherrscht ist, geht aus den Bestimmungen 11 bis 16 hervor, die das Rückgrat der kollektiven Sicherheit darstellen und zum Beispiel vorsehen, dass bei einem drohenden Konflikt

und der damit fälligen Unterbreitung des Falles an das Schiedsgericht usw. der Völkerbundsrat unter anderm innerhalb sechs Monaten (!) nach der Unterbreitung Bericht erstatten muss und die Parteien auf alle Fälle nicht vor drei Monaten (!) nach dem Schiedsspruch bzw. dem Bericht des Völkerbundsrates in den Krieg treten dürfen. Wird ein Konflikt entgegen den Bestimmungen des Paktes nicht der Schiedsgerichtsbarkeit unterbreitet und entsteht kein einstimmig angenommener Bericht des Rates, so wird den Mitgliedern das Recht zugesprochen, in der Weise vorzugehen, wie sie das für die Aufrechterhaltung von Recht und Gerechtigkeit (die bekanntlich Sache individueller Auffassung sind) für nötig erachten. Konnte unter solchen Umständen irgendein Staat, der es mit den Pflichten gegenüber sich selber und den andern Mitgliedstaaten ernst nahm, je an Abrüstung denken?

Viele werden die Frage bejahen unter Hinweis auf das Kernstück des Völkerbundspaktes, das heisst den Artikel 16, der in seinen wichtigsten Bestimmungen wie folgt lautet:

«Schreitet ein Bundesmitglied entgegen den übernommenen Verpflichtungen zum Kriege, so wird es ohne weiteres so angesehen, als hätte es eine Kriegshandlung gegen alle andern Bundesmitglieder begangen. Diese verpflichten sich, unverzüglich alle Handels- und Finanzbeziehungen zu ihm abzubrechen, ihren Staatsangehörigen jeden Verkehr mit den Staatsangehörigen des vertragsbrüchigen Staates zu untersagen und alle finanziellen, Handels- und persönlichen Verbindungen zwischen den Staatsangehörigen dieses Staates und jedes anderen Staates, gleichviel ob Bundesmitglied oder nicht, abzuschneiden. In diesem Fall ist der Rat verpflichtet, den verschiedenen Beteiligten vorzuschlagen, mit welchen Land- und Seestreitkräften jedes Bundesmitglied für seinen Teil zu der bewaffneten Macht beizutragen hat, die den Bundesverpflichtungen Achtung zu schaffen bestimmt ist. Die Bundesmitglieder sagen sich ausserdem gegenseitige Unterstützung bei Ausführung der auf Grund dieses Artikels zu ergreifenden wirtschaftlichen und finanziellen Massnahmen zu, um die damit verbundenen Verluste und Nachteile auf das Mindestmass herabzusetzen.»

Entweder durfte man über den bewaffneten Widerstand überhaupt nicht sprechen oder man musste, wenn man die Welt nicht den schlimmsten Enttäuschungen aussetzen wollte, die dazu nötigen Machtmittel und vor allem einen regelrechten Generalstab schaffen.

Dieser Generalstab hätte, wie irgendein Generalstab eines autonomen Landes, für jeden einzelnen Fall des Angriffes oder der Verteidigung eines Bundesmitgliedes einen genauen Plan ausarbeiten müssen, was zu einer wahrhaft astronomischen Zahl von Möglichkeiten und Kombinationen geführt hätte. Wir werfen keinem Menschen vor, dass es unter den gegebenen Umständen und Verhältnissen nicht so weit gekommen ist. *In diesem Fall hätte man jedoch die Welt auch nicht in jene Sicherheit wiegen sollen, die in keiner Weise vorhanden war.*

Man traut heute seinen Augen und seinem Hirn nicht mehr, wenn man rückblickend liest oder daran denkt, dass auf Grund all dieser Bestimmungen 20 Jahre lang die klügsten und angesehensten Vertreter von mehr als 50 Nationen auf Treu und Glauben geredet, gehofft und Politik gemacht haben. Viele haben sich dabei dem trügerischen Trost hingegeben, dass ja schon der Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen genügen würde, um den stärksten Feind zu erledigen. Im Falle des Angriffes von Italien auf Abessinien, bei dem, wie Mussolini selber sagte, die Sanktionen « mit einer wirklich pedantischen Härte durchgeführt wurden », haben 50 Regierungen das Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial in Kraft gesetzt, 48 Regierungen den finanziellen Boykott, 44 das Verbot der direkten und indirekten Einfuhr italienischer Waren und 47 das Embargo auf Exporte nach Italien, und zwar ohne dass Italien schlussendlich ernsthaft daran behindert worden ist, Abessinien zu erobern. Dass es die « wirtschaftliche Ueberlegenheit » allein nicht schaffen kann, hat bereits der letzte Krieg gezeigt. Die Lektion hat allerdings nicht viel genützt, denn man hat sich gerade in diesem Krieg wiederum auf diesen billigen Mythus verlassen. Was aber wird in Zukunft geschehen, wenn vielleicht die Rohstoffe der Welt nicht mehr so einseitig «verteilt» sind, das heisst wenn nicht mehr 97 Prozent des Kautschuks, 84 Prozeit des Erdöls, 75 Prozent der Kohle, 82 Prozent des Eisens usw. auf seiten einer kriegführenden Gruppe sind? *Wirtschaftliche Hindernisse, Blockaden usw. werden dann bei der Führung von Kriegen überhaupt keine Rolle mehr spielen!*

Da dieses Thema zum Abschnitt « Die Wirtschaft nach dem Kriege » gehört, wollen wir nicht weiter darauf eingehen, sondern uns nun fragen, was politisch und militärisch an neuen Ideen und Vorschlägen auf seiten jener vorhanden ist, die auch heute noch an die Möglichkeit der kollektiven Sicherheit glauben oder aber überhaupt nicht mehr auf die kollektive, sondern nur auf ihre eigene Karte setzen.

Wir wollen bei den Idealisten beginnen, die in der Schweiz noch zu Wort kommen können und uns zudem Gelegenheit geben, die beiden extremen Lösungen einander gegenüberzustellen. Kreise wie jene der « Europa-Union » oder der « Weltaktion für den Frieden » kommen im Hinblick auf die oben dargelegten Unzukömmlichkeiten zu sehr realistischen Schlussfolgerungen und Anregungen, die zum Teil durchaus richtig sind, womit jedoch ihre Durchführbarkeit nicht gewährleistet ist (schon die ehemaligen Völkerbundsspezialisten sind zum Teil nur deshalb nicht « offiziell » zu diesen Schlussfolgerungen und Vorschlägen gelangt, weil sie nicht die geringste Möglichkeit sahen, sie in die Wirklichkeit umzusetzen).

Hier wie auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und der vor sich gehenden gesellschaftlichen Umwälzungen melden sich die

Widersprüche zwischen der Freiheit, die man nicht lassen will, und dem Zwang, ohne den positive und wirksame Massnahmen nicht möglich sind.

Wenn sich in Zukunft, um Kriege endgültig zu vermeiden, alle Mitglieder des Völkerbundes den demokratisch zustande gekommenen Gesamtentscheidungen unterwerfen müssen, so ist es eben mit der Souveränität der Einzelstaaten vorbei. Handelt es sich um die Wehrmacht eines Staates, so kann man nicht gut von « beschränkter Souveränität » sprechen, denn die bei diesen Dingen nötige Beschränkung der Souveränität trifft das Mark der Selbständigkeit. Man verkauft diese Selbständigkeit nur um den höchsten Preis: wenn die Bundesmitglieder auf Selbsthilfe verzichten und sich bedingungslos den Beschlüssen des Bundes unterwerfen müssen, so wollen sie auf die volle Sicherheit und die volle Gerechtigkeit rechnen können. Auch das schlechteste Hemd ist näher als der schönste Rock. Es gibt unter den heutigen und unter den Zuständen in absehbarer Zukunft selbst dann keine volle Sicherheit und Gerechtigkeit, wenn nicht mehr « Besitz- und Machtinteressen der herrschenden Schicht die praktische Politik bestimmen » und somit angeblich « die Bahn frei ist für die Herrschaft der Vernunft, des Rechts und des Gemeinwohls — auch in den Völkerbeziehungen ». Nachdem wir alle schiefen Perspektiven, Irrtümer und Auswüchse des totalen Krieges und der totalen Macht haben über uns ergehen lassen müssen, wollen wir nicht ins andere Extrem fallen und uns den Täuschungen des « totalen Friedens », der Idee des totalen heiligen Rechts, der totalen Gerechtigkeit und der « höchsten sittlichen Gesetze » hingeben. Alles Totale ist gleich fanatisch und damit unerbittlich. Die Totalität des absoluten Rechts, der absoluten Wahrheit usw. ist ebenso unerquicklich und intolerant wie jeder andere Totalitarismus. Jede neue Ordnung wird, auch wenn sie hoffentlich besser als jene sein wird, die uns bis jetzt beschieden war, von fehlbaren Menschen geschaffen werden. Wenn wir darauf warten müssen, dass die Menschen in edler Weise ihr Recht dem Recht des andern gleichsetzen, so können wir noch lange warten! Vorläufig wird das eigene Recht im Vordergrund stehen. Wenn « Freiheit » und « Recht » gesagt wird, so wird damit in den meisten Fällen das eigene Recht und die eigene Freiheit gemeint sein.

Aehnliches lässt sich über « das Recht der Selbstbestimmung » sagen, eine Forderung, die bei der Neuordnung nach dem letzten Kriege eine grosse Rolle gespielt hat und die bis jetzt auch von jenen nicht ernsthaft preisgegeben worden ist, die sich für irgendwelche internationale Körperschaften mit oder ohne wirkliche Befehlsvollmacht sowie für eine mit Befehlsgewalt ausgestattete Völkerbundsarmee usw. ausgesprochen haben. Man kann die Alternative nicht dadurch mildern, indem man — wie man es auf der Abrüstungskonferenz versucht hat — der Angelegenheit einen

sittlicheren Hintergrund gibt und zwischen Angriffs- und Verteidigungswaffen unterscheidet. Wie der Angriff die beste Verteidigung ist, so sind auch gegenüber einem Rechtsbrecher die Angriffswaffen die besten Verteidigungswaffen. Sobald jedoch die Angriffswaffen geschaffen sind, sind wir nie sicher, in welche Hände sie geraten. Die Macht ist, wie Jakob Burckhardt mit Recht sagt, böse an sich. Wenn wir uns die internationale Befehlsgewalt gefallen lassen, müssen wir auch das Risiko auf uns nehmen, dass sie uns militärisch einspannt. Dieses Risiko würde sich nur dann einigermassen lohnen, wenn der jetzige Krieg tatsächlich das Ende des Kapitalismus wäre und eine mehrheitlich nach sozialen Gesichtspunkten regierte Welt gebären würde. Wer wagt solches zu hoffen? Auch wenn ganz Europa eine Wandlung im günstigsten Sinne erfahren würde, blieben noch die USA. und andere Länder, ja Kontinente übrig, in denen der Kapitalismus und Imperialismus erst zum grossen Sprunge ansetzen.

Käme so oder so ein derart geeintes Europa zustande, so wäre es ein Gebilde, das wahrscheinlich sehr bald zu seiner Verteidigung in einen neuen Krieg verwickelt würde. Auch wenn dieser Krieg im höchsten Masse ein Krieg des Rechts wäre, jenes Rechts, von dem Jakob Burckhardt im Zusammenhang mit dem Zustandekommen jeglichen staatlichen Gebildes sagt, dass es seine Lebensfähigkeit nur beweisen kann, wenn es sich aus Gewalt in Kraft verwandelt, so würde zunächst mehr Gewalt als Kraft sich geltend machen. Europa würde, wie man solches bei jeder Staatenbildung feststellt (USA., USSR., China usw.), wahrscheinlich erst im Kampf gegen ein drittes Gebilde zur vollen Einheit gelangen und dabei seine Feuerprobe zu bestehen haben. Diese Erfahrungstatsache darf man nicht vergessen, wenn man die Schweiz als Vorbild für eine Europa-Union hinstellt. Man darf bei einem Vergleich mit der Schweiz nicht nur die schönen Seiten sehen. Der vernünftigen Einigung und dem vernünftigen Aufbau gingen auch bei uns wilde Bruderkämpfe und blutige Kämpfe gegen gemeinsame Gegner voraus. Bei Kämpfen gegen aussen machten sich nicht immer die allgemeine Solidarität und die « demokratisch zustande gekommenen Gesamtentscheidungen » geltend. Oft sind mit Gewalt und Vergewaltigung, die dabei vielleicht unvermeidlich sind, gewisse Partner — es waren meistens jene, die sich am mächtigsten fühlten oder auch am stärksten gefährdet waren — als Schrittmacher vorangegangen. Dass es im europäischen Massstab nicht anders zugeht, haben wir erlebt und erleben wir: man denke daran, was zu Beginn über die Haltung und Rolle Frankreichs während des letzten Krieges und unmittelbar nachher gesagt worden ist. Man erinnere sich auch des Umstandes, dass im Ringen der letzten Jahre kein einziges Land wirklich in Bewegung kam, bevor es direkt bedroht beziehungsweise angegriffen worden ist. Vergessen wir auch nicht, wie lange es gegangen ist, bis unsere Schweiz zu dem geworden ist, was sie heute ist. Dazu kommt, dass

bei dieser Entwicklung die allgemeinen Verhältnisse schon deshalb unvergleichlich viel günstiger lagen, als es sich beim Werden der Schweiz in hohem Masse um die Erlangung von Freiheiten handelte, was allzeit Begeisterung und Hingabe erweckt, während es bei der Bildung von Europa vorwiegend um die Preisgabe von Freiheiten geht, was viel weniger angenehm ist! Vor allem aber stellt sich die Frage, ob Europa nach diesem Kriege eine solche Pferdekur überhaupt noch aushalten können wird.

Wenn man das aufzubauende geeinigte Europa mit der Schweiz vergleichen und ihm deren festen und geordneten Bestand schenken will, so muss man sich klar sein, dass die Schweiz erst dann als ein festgefügter Staat betrachtet werden konnte, als ihre Aussenpolitik einer einzigen Instanz unterstand, der Bund die Landesverteidigung übernahm und eine einheitliche Währung vorhanden war. Auch Europa wird erst dann eine festbegründete und lebensfähige Einheit sein, wenn diese Voraussetzungen geschaffen sind.

Können wir hoffen, dass das Ende des Krieges diese Voraussetzungen bringen wird? Sind wir Schweizer darauf gestellt, die genannten Souveränitäten preiszugeben?

Dies ist die eine Seite der Frage, das eine Extrem. Wenn man sich nach dem andern Extrem erkundigt, so muss man zunächst den Tendenzen der autoritär regierten Staaten einige Aufmerksamkeit schenken. Das ideologische Vorzeichen ist bei den oben erwähnten Befürwortern eines geeinten Europas ohne Zweifel jenem der autoritären Exponenten durchaus entgegengesetzt. *Weniger offensichtlich ist der Gegensatz in bezug auf die technische Durchführung.* Auch die Diktaturstaaten wollen und können sich kein geeintes und wirtschaftlich wie militärisch schlagfertiges Europa vorstellen ohne die bereits erwähnte « wirkliche Befehlsvollmacht », ohne einheitliche Aussenpolitik und Wirtschafts- und Währungspolitik (die die unbedingten Voraussetzungen eines wahrhaften Abbaus der Zollmauern sind).

Viele werden unterstreichen, dass eben der Unterschied darin liegt, dass im einen Fall das gemeinsame Einvernehmen massgebend sein wird, dass ein geeintes Europa nach einem Sieg der Alliierten auf demokratischem Wege zustande kommen werde, während im andern Fall Zwang und Gewalt entscheiden.

Zu Beginn des Krieges hat man sogar in beiden kriegführenden Lagern sanfte Töne angeschlagen. Von seiten der Alliierten sind sehr gut klingende und verbindliche Worte über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Abrüstung usw. gesprochen worden. Hitler führte in seiner Rede vom 6. Oktober 1939 aus, « dass Friede und Sicherheit von der Herabsetzung der Rüstungen abhängen ». Am 3. November 1939 sagte Lord Halifax, dass « kein Abschluss des Krieges möglich sei, wenn er nicht irgendeine so-

fortige oder baldige Lösung der Probleme der Rüstungen bringt, die so sehr auf den Völkern lasten ».

Später ist der Ton auf beiden Seiten ein wenig anders geworden. In Abwartung der « Errichtung eines weiteren und permanenten Systems der allgemeinen Sicherheit » wird in der « Atlantic Charter », dem offiziellen Dokument der Kriegsziele der Alliierten, ausdrücklich die Abrüstung der « Angreifer » verlangt. Was die Achsenmächte betrifft, so würden sie wahrscheinlich nach einem Sieg die freundlichen Fehler, die die Alliierten nach dem letzten Krieg begangen haben, nicht nachahmen, sondern in so gründlicher Weise für einen vollendeten eigenen militärischen Apparat besorgt sein, dass uns Schweizern vielleicht nicht einmal die zweifelhafte Ehre zugestanden würde, für das neue Europa bluten zu dürfen.

Was speziell die politische Seite der Frage der Souveränität und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker betrifft, so hat Chamberlain noch im Februar 1940 gesagt, dass England unter anderm für die Sicherheit der kleinen Länder kämpfe und dass Europa nur durch Abrüstung vor dem Ruin gerettet werden könne. Im Vergleich zum letzten Krieg, der offiziell vom Anfang bis zum Ende im Namen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und des Schutzes der kleinen Staaten (Belgien, Serbien usw.) geführt worden ist, hört man in diesem Kriege wenig über solche Dinge.

Auch auf seiten der Alliierten scheint man heute auf dem Standpunkt zu stehen oder sich ihm zu nähern, dass man « mit der politischen Selbstbestimmung allein kein lebensfähiges Europa aufbauen kann » und dass es vielleicht besser gewesen wäre, nach dem letzten Krieg mit der Lösung wirtschaftlicher Fragen im europäischen Rahmen ernst zu machen, anstatt an allen Ecken und Enden das unlösbare Nationalitätenprinzip zu Tode zu hetzen. In der Tat sind damals politische Verträge, deren Brüchigkeit von Anfang an deutlich ersichtlich war, für alle Ewigkeit abgeschlossen worden, während wirtschaftliche Abkommen und Bestimmungen, die sich überhaupt nur bei einiger Dauer bewähren können, so kurzfristig und so künstlich aufgestellt worden sind, dass nach einigem Zwangsaustausch (Deutschland/Polen, Frankreich/Deutschland usw.) die wirtschaftlichen Beziehungen und Verquickungen wieder vollständig auf den Kopf gestellt waren und ernste Krisen im Gefolge hatten. Man hat im Namen der Politik bewährte wirtschaftliche Einheiten aufgeteilt (Oesterreich, Balkan usw.). In einzelnen Fällen sind die politischen Grenzen sogar mitten durch Industriegebiete gezogen worden, so dass riesige Industrien, die aufeinander eingestellt und abgestellt waren, von einem Tag zum andern so getrennt waren, als ob sie sich in zwei verschiedenen Welten befänden (Oberschlesien). Da die Korrektur der Grenzen auf den von Wilson gewollten « klar erkennbaren

Linien der Nationalität» in manchen Fällen überhaupt nicht möglich ist (was gerade die heutige Entwicklung im Balkan zeigt), hat man damals hoffnungslosen politischen Gebilden die hoffnungsvollsten wirtschaftlichen Möglichkeiten geopfert.

Nun scheint man ins andere Extrem fallen zu wollen. Man bezeichnet die übertriebene Berücksichtigung des politischen Selbstbestimmungsrechts als Kinderkrankheit der Demokratie und glaubt, jeder Staatsbürger werde sich mit allem abfinden, wenn er einem organischen wirtschaftlichen Gebilde angehören und darin sein materielles Auskommen finden kann. Bis zu dieser wirtschaftlichen Gestaltung sollen nach Beendigung des Krieges — so wird da und dort gesagt — vor der Friedenskonferenz und dem Abschluss von politischen Verträgen 5 bis 6 Jahre verstreichen, damit Zeit zur Anpassung bleibe. Es gibt gewichtige Stimmen, die vom früher so sehr gepriesenen Selbstbestimmungsrecht der Völker überhaupt nichts mehr wissen und überhaupt nur noch wirtschaftliche Notwendigkeiten gelten lassen wollen. Viele Spezialisten wollen die jetzigen Völkerbundssatzungen noch fakultativer machen, hingegen ganz Europa ein für allemal wirtschaftlich unter einen Hut bringen. *Insbesondere aber hat man nach all den schlechten Erfahrungen mit den nach dem letzten Krieg gegründeten lebensunfähigen kleinen Staaten eine richtiggehende Abneigung gegenüber diesen « kleinen Gebilden » und ihrer « anspruchsvollen und unbequemen Neutralität »*. Eine der vielen in diesem Ton gehaltenen repräsentativen englischen Stimmen sagt in diesem Zusammenhang:

> *« Der gegenwärtige Krieg hat gezeigt, dass die formelle Unabhängigkeit, der sich kleine Staaten erfreuen, eine schale Angelegenheit ist. Die kleinen Staaten können nicht mehr länger auf dem dünnen Seil der Neutralität balancieren. Noch weniger können sie sich auf ein unbestimmtes System der kollektiven Sicherheit verlassen, das die Identität des zukünftigen Feindes oder Alliierten offen lässt. Die kleinen Länder können nur am Leben bleiben, wenn sie sich in permanenter Weise mit einer Grossmacht verbinden. Obwohl ein solches Bündnis die politische Form der Teilhaberschaft als gleichberechtigter Partner haben kann, muss in der Praxis die militärische Politik des schwachen Staates jener des starken Staates untergeordnet werden. Das politische Recht der Selbstbestimmung wird bedingt und eingeschränkt durch militärische Notwendigkeiten. »*

« Die Friedensmacher von 1919 », so sagt der bekannte Professor Carr, der schon der britischen Delegation der Friedenskonferenz 1919 angehörte und bis 1936 in wichtiger Stellung im Regierungsdienst stand, « trieben das Prinzip der Selbstbestimmung viel zu weit. Bei der Durchführung dieses Prinzips förderten sie die Zersetzung bestehender politischer Einheiten und begünstigten

die Schaffung einer Unzahl kleiner Staaten in einem Augenblick, wo strategische und wirtschaftliche Faktoren eine festere Zusammenfassung und die Gruppierung der Welt in eine geringere Zahl grösserer politischer Einheiten verlangte.» Viele Kritiker führen heute in England die bisherigen militärischen Misserfolge darauf zurück, dass der Krieg, entgegen den Notwendigkeiten für einen modernen Kampf, nicht von langer Hand vorbereitet worden ist. Wenn Staaten wirksam zusammenarbeiten wollen, so müssen sie, so heisst es, alle Massnahmen im voraus treffen: «*Kleine Länder, die sich in der Nähe von kriegführenden Staaten befinden, können und sollen nicht warten, bis ein Angriff erfolgt ist, um sich zu entschliessen, auf welcher Seite sie kämpfen wollen. Das einzige System der kollektiven Sicherheit, das nicht hoffnungslos und unrealistisch war, war die französische Auffassung einer europäischen Allianz gegen einen bestimmten Feind und unter französischer Führung, das heisst eine Auffassung, die die kleinen Länder ablehnten.*» Weitere Kommentare zu diesem Punkt sind wohl nach solchen Feststellungen überflüssig!

Auch das dem diesjährigen Kongress unterbreitete offizielle Programm der britischen Arbeiterpartei verzichtet auf alle im letzten Krieg verwendeten schönen Worte über «Selbstbestimmungsrecht der Völker», «autonome Entwicklung» usw. In eindeutigerer Weise als in der «Atlantic Charter», dem bereits erwähnten offiziellen Friedensplan der Alliierten, heisst es in diesem Programm der Kriegsziele der Arbeiterpartei klipp und klar, dass es den «Angreifern» unmöglich gemacht werden muss, «sich des Mittels des Krieges zur nationalen Politik zu bedienen»: «Die Angreifer müssen entwaffnet werden und entwaffnet bleiben.» Im Zusammenhang mit der Gestaltung des Friedens werden nur die Alliierten und speziell die Vereinigten Staaten und Russland genannt. «Für die kollektive Sicherheit», so heisst es kurz und bündig, «müssen die geeigneten Methoden und Institutionen geschaffen werden.» Auf wirtschaftlichem Gebiet wird — wie wir sehen werden — eine noch deutlichere Sprache gesprochen.

Dieser Abschnitt wäre unvollständig, wenn nicht auch speziell auf die Haltung und Stellungnahme der Gewerkschaften gegenüber dem Krieg als Mittel zur Austragung von Konflikten hingewiesen würde. Nach dem letzten Krieg, als die Abscheu gegen die Vernichtung von Millionen von Menschenleben und ungeheurer wirtschaftlicher Werte am stärksten war, gelangte international der Beschluss über die systematische Anti-Kriegs-Aktion («Krieg dem Kriege») und den «Generalstreik im Kriegsfalle» zur Annahme. Es ist damals auch ein Antikriegskomitee eingesetzt worden, das die Durchführung dieses Beschlusses vorbereiten sollte. Dieses Komitee hatte kein langes Leben. Der Beschluss in dieser allgemeinen Form musste beim ernsten Willen der Durchführung — der vorhanden war! — zu unüberwindlichen

Schwierigkeiten führen. Was sich mitten im Kriege zeigte, musste im Frieden noch viel deutlicher in Erscheinung treten: man kann von den organisierten Arbeitern nicht verlangen, was alle andern Werktätigen und Staatsbürger zu tun nicht bereit sind, das heisst den Verzicht auf den Broterwerb zugunsten der Verhütung eines Krieges in mehr oder weniger ferner Zukunft. Wenn nämlich die Parole der Verhütung von Kriegen wirklich ernst genommen wird, kann und muss sie für einzelne Kategorien Verdienstausfall und Arbeitslosigkeit bedeuten. Sie läuft dann eben darauf hinaus, dass zum Beispiel die Arbeit in Rüstungsbetrieben schon in Zeiten des Friedens verweigert werden müsste. Bei konsequenter Durchführung und Verteilung der Aufgaben sind sogar Massnahmen auf breiterer Grundlage unerlässlich. Es müsste in bestimmten Fällen und unter bestimmten Umständen — im Frieden, bei Kriegsgefahr und im Krieg — nicht nur die Produktion in den eigentlichen Rüstungsbetrieben, sondern auch von wichtigen Rohstoffen (Eisen, Kohle usw.) eingeschränkt oder unterbunden werden, ferner der Transport solchen und andern Materials. Weshalb sollen, so hiess es in Konferenzen des Anti-Kriegs-Komitees bei der Behandlung konkreter Fälle und Fragen mit einem gewissen Recht, nur die Arbeiter der Rüstungsbetriebe und nicht zum Beispiel auch die Transportarbeiter den Kopf hinhalten? Soll wegen des Kampfes gegen den Krieg, so erwiderten die Transportarbeiter, das ganze Transportwesen lahmgelegt werden? Genügt es nicht, dass das Kriegsmaterial an der Quelle gar nicht erst hergestellt wird? Wird mit der Lahmlegung der Eisenproduktion, so wurde erwidert, nicht die ganze Wirtschaft lahmgelegt? Weiss man überhaupt, welches Eisen für Kriegszwecke verwendet wird? Die Verwendung stellt sich erst beim Transport zur Weiterverarbeitung heraus! Solche Erwägungen und Einstellungen mussten zur Lahmlegung der Arbeit des Anti-Kriegs-Komitees führen und haben es tatsächlich getan!

Es kam hierauf, abgesehen von den mehr allgemeinen Kampagnen für Abrüstung, Verstaatlichung der Rüstungsindustrie usw. nur noch die politische Stellungnahme zu Fragen der Kriegsgefahr und des Krieges in Frage. Sie erfolgte meistens in Zusammenarbeit mit der politischen Internationale.

Auch der Beschluss über den allgemeinen Generalstreik im Kriegsfalle bekam einen rein politischen Charakter, indem im Jahre 1933 (man beachte die Jahreszahl!) der allgemeine Generalstreik im Kriegsfall zum «Generalstreik gegen den Angreifer» gemacht wurde, wobei unter anderm als Kriterium galt, dass jener als Angreifer betrachtet werden muss, der das Schiedsgericht ablehnt. Im Zusammenhang mit dem Abessinienkonflikt wurde denn auch die Arbeiterschaft aller Länder aufgefordert, sich für die Durchführung der Sanktionen — auch der militärischen! — mit ganzer Kraft einzusetzen. Heute ist der Generalstreiksbeschluss in seiner letzten Fassung ebenfalls überholt, denn im Jahre

1939 waren — rein formell gesehen — die Alliierten die Angreifer, die den Krieg erklärten, ohne dass in diesem direkten Zusammenhang von einem Schiedsgericht die Rede war. Dessenungeachtet hat sich die Arbeiterschaft der Länder, die den Krieg erklärten, aus Gründen, auf die wir hier nicht näher einzugehen brauchen, einmütig hinter ihre Regierungen gestellt. In einer der letzten Sitzungen der Sozialistischen Arbeiterinternationale hat ein Delegierter kurz vor dem jetzigen Kriege die allgemein gebilligte Meinung ausgesprochen, dass in einem kommenden Krieg die Dinge einfacher lägen als im letzten Krieg, da « alle organisierten Arbeiter im gleichen Lager und Schützengraben stehen würden ». (Heute zeigt sich allerdings, dass vielleicht gerade diese Tatsache, das heisst der Umstand, dass in den andern Schützengräben keine organisierten Arbeiter stehen, die Zukunft schwer belasten wird.) Was die rein politische Einstellung zum Krieg betrifft, so darf man nicht vergessen, dass diese überhaupt nie einheitlich gewesen ist. Man denke nur daran, wie zum Beispiel Marx den Krieg gegen das zaristische Russland direkt herbeisehnte. Er war begeistert für alle Kriege, die sich als sogenannte « Revolutionskriege » auswirkten. Auf dem Erfurter Parteitag sagte Bebel im Jahre 1891: « Greift Russland (es war damals das zaristische Russland!), der Hort der Grausamkeit und Barbarei, der Feind aller menschlichen Kultur, Deutschland an, um es zu zerstückeln und zu vernichten, und nur das kann der Zweck eines solchen Krieges sein, so sind wir so gut und mehr interessiert, wie diejenigen, die an der Spitze Deutschlands stehen, und werden dem entgegentreten. » Noch im Jahre 1907 erklärte Bebel, dass er bei einem Krieg gegen Russland « als alter Knabe noch bereit sei, die Flinte auf den Buckel zu nehmen ». Aehnliche Töne sind da und dort, im Krieg von 1870, in den Balkankriegen usw., angeschlagen worden.

Wie sehr die Stellungnahme auf diesem Gebiet Schwankungen unterworfen ist, zeigt eine Broschüre von Friedrich Adler, dem Sekretär der Sozialistischen Arbeiterinternationale, die *im Jahre 1929* erschienen ist und den Titel führt: « Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte ... » Es wird darin unter anderm an einen Aufruf zugunsten der « Politik striktester Neutralität » aus dem Jahre 1915 erinnert und gesagt: « Falls es noch einmal zu dem unermesslichen Unglück eines Weltkrieges kommen sollte, wird eine aktive Internationale, soweit ich es sehen kann, wohl auch nichts anderes tun können, als sich beiden imperialistischen Heerlagern gegenüber gleich zu verhalten... » « Im Kapitalismus ist der Verteidigungskrieg untrennbar mit dem Eroberungskrieg verknüpft. *Für die siegende Macht gibt es keine Wahl. Der Imperialismus fordert sein Recht. Was als Verteidigungskrieg unternommen wurde, schlägt im Moment des Sieges unabwendbar in den Eroberungskrieg um.* »

Zum Schluss heisst es in dieser Broschüre: « Der Krieg kann nur zur Parteisache gemacht werden, wenn es die Internationale ausdrücklich beschliesst. Solange kein solcher Beschluss vorliegt, muss automatisch die Parole gelten: Von der Neutralität bis zur Sabotage. Immer, wenn ein Zweifel besteht, wenn etwa die Internationale durch äussere Hindernisse gehemmt ist, zusammenzukommen und Beschlüsse zu fassen, wird stets die negative Einstellung der Kriegsgegnerschaft und nicht die positive Einstellung der Kriegsunterstützung einzutreten haben. »

Wie auch dieser Krieg ausgehen mag, auf alle Fälle wird noch machtvoller als nach dem letzten Krieg eine Welle gegen den Krieg einsetzen. Im Gegensatz zum letzten Krieg ist diesmal kein einziges Volk mit irgendwelcher sichtbaren Begeisterung, mit Blumen am Gewehr und Hurra-Rufen, in den Krieg gezogen. Die grössten Siege haben keine Kirchenglocken in Bewegung gesetzt und kein Siegesdelirium entfacht. Episch grosse Schlachten erwecken in kriegführenden und neutralen Ländern mehr Abscheu und Grauen als Bewunderung. Es gibt keinen « leichten Krieg » und keine « leichte Beute » mehr, weil der totale Krieg überall hinkommt, überall total zerstört und soviel kostet, dass jedes Volk, das ihn führt, dabei verarmt.

Prophetisch stehen die Worte Engels da, der seit 1879 konsequent Bedenken gegen jeglichen Krieg aussprach und 1882 an Bernstein schrieb, dass er « um keinen Preis mehr einen Krieg herbeiwünschen möchte ». Seine Gegnerschaft gegen den Krieg steigerte sich in der Folge zu nachstehender apokalyptischen Vision:

> « Kein anderer Krieg ist für Preussen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahl fressen wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des dreissigjährigen Krieges zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unseres künstlichen Getriebes in Handel, Industrie und Kredit — endend in allgemeinem Bankrott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, dass die Kronen zu Dutzenden über das Strassenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehen, wo das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird. Nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schliesslichen Sieges der Arbeiterklasse. »

Dass diesem im Jahre 1914 ausgebrochenen Krieg im kurzen Abstand von 20 Jahren ein neuer Weltkrieg mit 30 Millionen Soldaten folgen werde, liess sich allerdings Engels nicht träumen. Seine Worte haben heute in mancher Hinsicht doppelte Geltung! Doppelt und dreifach wird auch die nachträgliche Auswirkung dieser Sachlage auf die Gemüter der Menschen sein. Sie werden Musterung halten und fragen, wer sauber und ohne dem eigenen Lande die Waffen seiner Wehr und seine Wehrkraft vorzuenthalten, gegen den Krieg als solchen, das heisst als Mittel zur Austragung von Konflikten, gegen jeglichen Imperialismus und imperialistischen Raub und für die gerechte Berücksichtigung des Lebensbedarfs aller Völker war, wer sich strebend bemühte, ausserhalb aller politisch-opportunistischen Erwägungen in diesem Sinne zu wirken und zu kämpfen. *Die Gewerkschaften werden dann ihr blankes Schild vorzeigen und die Kontinuität ihres Handelns bekräftigen können.*

*

Was unser Land und unser Volk betrifft, dessen Los uns vor allem nahe geht, so gilt es, nach obigen Feststellungen einige Schlussfolgerungen zu ziehen: die Entwicklung zu einem grösseren europäischen Ganzen, gleichviel ob sie nun von den einen oder andern Siegern mehr oder weniger erzwungen wird oder sich — auch dieser Fall muss in Rechnung gezogen werden — ohne Sieger als Massnahme der Not und der Höherentwicklung anbahnt, wird, falls diese Entwicklung mehr als ein Werk des Augenblicks ist und sich die Mühen und Opfer lohnen sollen, auf dem Gebiet der politischen und militärischen Souveränität ein Verlustgeschäft sein. Für die Schweiz würde die Preisgabe der Neutralität, die sich, falls das Land vom Kriege endgültig verschont bleibt, für sie lohnte und als richtig erwies, ganz einfach bedeuten, dass sie jederzeit bereit sein und gewärtigen müsste, das mitmachen zu müssen, was ihr früher durch ihre Neutralitätspolitik und ein gütiges Geschick erspart geblieben ist. Wir wissen und haben gesehen, was man hüben und drüben über die kleinen Staaten denkt. Jedes Land wird bei seiner zukünftigen Einstellung auf seine Erfahrungen in der Vergangenheit abstellen. Einzelne Länder, die für ihre Neutralität einen ungeheuren Preis zu zahlen hatten, werden leichter als jene, die sie aufrechtzuerhalten vermochten beziehungsweise das Glück hatten, auf den Gedanken eintreten, dass sie sich mit all den damit verbundenen Nachteilen und Lasten « in permanenter Weise mit einer Grossmacht zu verbinden haben », andere werden schon deshalb zögernd sein,

> *weil auch im günstigsten Fall wahrscheinlich nicht jene « neue Ordnung » beziehungsweise jenes Europa zustande kommen wird, das solche Schritte und Verzichte rechtfer-*

tigen kann. Ob ein solches Europa schmackhafter und erträglicher würde durch ebenso undeutliche wie unnatürliche Bündnisse von der Art der nunmehr zustande gekommenen Abmachungen zwischen der USSR. einerseits und England sowie USA. anderseits, muss sehr bezweifelt werden, besonders wenn dabei auf jede Garantie für den Bestand Europas verzichtet wird.

Rein militärisch gesehen, lässt sich allerdings nach den in den letzten 20 Jahren mit dem Völkerbund und der kollektiven Sicherheit gemachten Erfahrungen behaupten, dass das dem System der kollektiven Sicherheit strikte entgegengesetzte System der Allianzen mit einem bestimmten Ziel und unter Führung einer Grossmacht seine Vorteile hat, besonders wenn man bedenkt, dass das innerhalb Europas maximal möglich gewesene System der kollektiven Sicherheit nicht weiter gereicht hat als jenes der Allianzen: bis zum nächsten Krieg.

Wenn auch politisch und wirtschaftlich weiterhin alles getan werden soll, um die Gleichberechtigung und demokratische Methoden zu bejahen und zu fördern, so muss man doch zugeben, dass militärische Dinge — wie der letzte Krieg gezeigt hat und der jetzige in schmerzhaften Umstellungen erhärtet — nur von einem mit allen Vollmachten ausgestatteten Oberkommando wirklich erfolgreich gehandhabt werden können. Dieses Oberkommando muss wahrscheinlich in der Praxis allzeit und bei jedem System jener Macht übertragen werden, die an der Allianz bzw. der Sicherheit das grösste Interesse hat und deshalb auch den nötigen Impuls aufbringt, um für die nötigen materiellen und militärischen Mittel und Pläne zu sorgen (wie dies nach dem letzten Krieg bei Frankreich der Fall war).

Ob das gleiche Vorgehen auch im System der «kollektiven Sicherheit» möglich ist, ist nach den gemachten Erfahrungen sehr fraglich. Hingegen ist sicher, dass in diesem Falle das Wort kollektiv bitter ernst genommen werden müsste, dass es in der Bereitstellung der Machtmittel keine Ausnahmen und Lücken geben dürfte. Die Gewerkschaften waren sich darüber schon nach Ende des letzten Krieges durchaus klar, weshalb schon von der vom 5.—9. Februar 1919 in Bern abgehaltenen internationalen Gewerkschaftskonferenz ausdrücklich gefordert wurde, dass der Völkerbund «gesetzgebende und richterliche Gewalten», also die Befugnisse eines autonomen Gebildes, haben und deshalb auch die «gesetzgebende Körperschaft des Bundes aus der Wahl der Völker hervorgehen soll». Die kollektive Sicherheit in diesem Sinne setzt letz-

ten Endes die Preisgabe der eigenen militärischen Machtmittel und damit die Preisgabe der Souveränität voraus. Diese kollektive Sicherheit ist in der Zeit während der beiden Weltkriege nie Wirklichkeit gewesen, wie sich anderseits das verpönte Allianzensystem, in dem alle, die guten Willens waren, verkappten Imperialismus und Hegemoniebestrebungen sahen, nie voll auswirken konnte. *Wenn man das eine nicht tun kann bzw. will, so dürfte das andere, das heisst die Bildung eines starken Allianzensystems, gegen das sich früher alle Rechtgläubigen wehrten, nicht behindert werden!* Nach den gemachten Erfahrungen und unter den neuen Umständen sind viele gegenüber diesem System versöhnlicher geworden. Auf alle Fälle lässt sich von Allianzen der klassischen Form sagen, dass sie, abgesehen von der genau umschriebenen Hilfeleistung, die Souveränität der einzelnen Staaten bestehen lassen. *Sie müssen deshalb auch die Möglichkeit der Neutralität offen lassen.* Wenn sehr viele, denen man den guten Willen nicht absprechen kann, die Möglichkeit der absoluten Neutralität der Schweiz unbedingt erhalten wissen wollen, so ist es nicht nur deshalb, weil das neue Europa, wie wir bereits gesehen haben, so oder so wahrscheinlich nicht sehr verlockend sein wird oder weil die militärischen Machtmittel der kleinen Schweiz doch nicht sehr ins Gewicht fallen, *sondern weil die Schweiz auf Grund guter Traditionen und auf andere Weise nützlich sein und eine Aufgabe fortsetzen kann, die ihren Idealen gemäss ist, die sie allzeit mustergültig erfüllt hat und zum Segen der Menschheit weiter erfüllen kann: ihre humanitäre Aufgabe.*

II.

Die Wirtschaft nach dem Kriege.

In höherem Masse als beim Thema «Der Krieg nach dem Kriege» (ewige Neutralität der Schweiz!) kann bei der Behandlung der Frage der Gestaltung der Wirtschaft nach dem Kriege die Sonderstellung der Schweiz innerhalb der Welt zum Ausgangspunkt genommen werden. Trotzdem lässt sich nicht etwa sagen, dass uns das Hemd unseres eigenen wirtschaftlichen Loses näher ist als der Rock der Weltwirtschaft, denn das Hemd ist hier sozusagen mit dem Rock identisch. Deshalb hat die Schweiz, prinzipiell gesehen, ein äusserst grosses Interesse an einem möglichst ausgedehnten Welthandel und einer freien Weltwirtschaft. Das Höchstmass von freier Weltwirtschaft und der Leistungsfähigkeit der Weltwirtschaft setzt ein Höchstmass von Arbeitsteilung voraus. Gerade bei einer solchen Arbeitsteilung kommt die hohe Qualität,

die die Stärke der Schweiz ist und sein soll, zu ihrem Recht. Sie ist für die Schweiz schicksalhaft, weil in der Schweiz nicht nur ein grosser Teil der Bevölkerung vom Export leben kann, sondern davon leben muss! Wenn man diesen Standort gewählt hat, so muss man auch zugeben, dass eine der ersten Voraussetzungen des Erfolgs auf diesem Wege der klassische Goldstandard ist. Man darf dabei nicht vor der Feststellung zurückschrecken, dass dieser Goldstandard nur das geben kann, was er zu geben vermag, wenn jedes wirtschaftliche Tun und Lassen mit dem Blick auf den Welthandel und die Weltwirtschaft — also nach aussen! — geschieht und es deshalb letzten Endes gilt, auf eine binnenländische Konjunkturpolitik und schutzzöllnerische Massnahmen nach Möglichkeit zu verzichten sowie die höchste Elastizität der Preise zu wahren.

In allen diesen Hinsichten könnte man eigentlich sagen, dass die Schweiz an irgendeinem «neuen Europa» und irgendeiner «neuen Ordnung», wie sie hüben und drüben propagiert werden, nicht das geringste Interesse hat. Von diesem Standort aus betrachtet kann das Europa, das unser Heil wäre, gar nicht alt genug sein, denn in diesem alten Europa ist die Schweiz gross geworden und wusste sie einen Lebensstandard zu erlangen, der uns, da wir ihn haben, nicht immer bewusst ist, hingegen immer wieder das Erstaunen der Umwelt und der Welt erweckt. Es würde dabei allerdings nicht genügen, dass man zum bereits arg verwässerten Goldstandard der Zeit zwischen den zwei Kriegen oder zu den damaligen wirtschaftlichen Gepflogenheiten zurückkehrt, sondern es hiesse zurückzukehren zu den Prinzipien jenes «goldenen Zeitalters» vor dem ersten Weltkrieg, wo die fruchtbare Sonne der Freizügigkeit auf allen Gebieten noch nicht von himmelhohen Zoll- und andern Mauern abgehalten wurde (es kamen allein nach dem Kriege 11,000 km neue Mauern dazu!), wo der Goldstandard für jeden Sterblichen eine reale Sache war und jeder, wenn er sie hatte und Wert darauf legte, mit richtigen Goldfüchsen in der Tasche unbehindert durch eine ungehinderte Welt ziehen konnte.

Dieses Europa ist tot: mausetot. Es ist ein Toter, der, wenn es wahrhaft der Wille der Menschen wäre, wieder auferweckt werden könnte, wobei allerdings gewisse Einschränkungen zu machen sind und auf Dinge hingewiesen werden muss, die — auch beim besten Willen — unwiderruflich verloren zu sein scheinen.

Bevor wir auf die bereits unternommenen und möglichen Wiederbelebungsversuche zu sprechen kommen, möchten wir auf diese wahrscheinlich endgültigen Einbussen aufmerksam machen, denn von ihrem Ausmass hängt es zum Teil ab, ob sich Wiederbelebungsversuche überhaupt lohnen.

Die unglückliche Entwicklung der Zeit zwischen den beiden Kriegen, die uns ein wirtschaftliches Chaos und schliesslich den zweiten Weltkrieg gebracht hat, ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass der Liberalismus seine Ideale verwässerte oder verwässern liess, sondern sie war vor allem auch eine Folge des Umstandes, dass der nach falschen Rezepten behandelte Wirtschaftskörper Europa schon vor Beginn der eigentlichen Krankheit einen grossen Gewichts- und Substanzverlust zu verzeichnen hatte: der Handel mit der Welt ausserhalb Europas, der Europa zu dem gemacht hat, was es war, nämlich zum wichtigsten Lieferanten des Erdballes, hat schon vor und während des letzten Krieges einen argen Schlag gekriegt. Da Europa aus lohnpolitischen Gründen seine Produktion zum Teil in aussereuropäische, das heisst in Länder mit billigen Arbeitskräften, verlegte und schliesslich während des ersten Weltkrieges überhaupt nicht mehr liefern konnte, hat sich die aussereuropäische Welt zu einem grossen Teil selbständig gemacht. Was dies bedeuten musste, kann man schon aus der Tatsache ermessen, dass allein England früher in guten Jahren bis zu 12 Milliarden Franken an Dividenden und Zinsen aus dem Ausland sowie an Einnahmen aus der Schiffahrt verdiente. Nahezu zur Hälfte stammt das schweizerische Volkseinkommen aus weltwirtschaftlichen Beziehungen, das heisst aus dem Warenexport und ausländischen Kapitalanlagen. Deutschland, Grossbritannien und Frankreich waren 1913 mit 34,4 Prozent am Weltexport beteiligt, 1939 nur noch mit 27,4 Prozent.

Von diesem Ausfall hat sich Europa nicht mehr ganz erholt. Die dadurch eingetretene Blutarmut, die die Vitalität Europas schwächte und es für alle andern Krankheiten empfänglicher machte, wird wahrscheinlich nach diesem Krieg noch viel grösser und gefährlicher sein.

Nach dem Ausbruch des Krieges mussten zum Beispiel die 20 latein-amerikanischen Republiken neue Käufer für ihre Rohstoffe usw. im Betrage von 500 Millionen Dollar suchen, das heisst für 29 Prozent ihres totalen Exports; desgleichen mussten sie neue Lieferanten für 34 Prozent ihrer Importe finden, das heisst für jene Teile, die hauptsächlich aus Europa kamen. Ersatz ist in USA. gefunden worden! Die Exporte der lateinamerikanischen Länder nach den USA. sind schon im ersten Kriegsjahr um 31 Prozent, die Importe der erwähnten lateinamerikanischen Länder aus USA. um 50 Prozent gestiegen. Allein die amerikanische Export-Import-Bank hat bis Ende 1940 Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Kuba, der Dominikanischen Republik, Aequator, Haiti, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay und Venezuela Anleihen in der Höhe von insgesamt 300 Millionen Dollar gewährt, davon mehr als zwei Drittel seit September 1939. Das Geld wird hauptsächlich für den Ankauf von Qualitätsmaschinen aller Art (!), die

früher von Europa geliefert worden sind, verwendet. In Indien, so stellt das « Internationale Arbeitsamt » offiziell fest, werden heute nahezu 400 Artikel hergestellt, die vor dem Krieg von auswärts bezogen worden sind. Die Produktion von Hunderten von andern Artikeln ist stark erhöht worden. Indien produziert heute jährlich mehr als 1,8 Millionen Tonnen Roheisen. Es hat schon 1941 Tausende von Autos in 50 Typen hergestellt. Es wird innerhalb eines Jahres 3100 Panzerwagen für den eigenen Bedarf erzeugen. Was wird es nach dem Kriege in all diesen Produktionswerkstätten herstellen?! Die Importe Kanadas aus USA. sind von 1939 bis 1940 um 50 Prozent gestiegen. Aus den verschiedensten Weltteilen hört man über grosse Anstrengungen zur Schaffung neuer Industrien. Niederländisch-Indien hat sich auf die Herstellung im grossen von Aluminium verlegt. In andern Ländern ist der Schiffsbau und die Fabrikation von Munition usw. aufgenommen worden. Afrika, dessen ungeheure Vorräte an Rohstoffen bis jetzt kaum erschlossen worden sind, geht zur Ausbeute und direkten Herstellung von zahlreichen Fertigfabrikaten über: Alkohol, Kakaobutter, Schokolade, Kerzen, Seife usw. Auf Jamaika ist eine grosse Zementindustrie gegründet worden. Ferner werden dort Zündhölzer und die verschiedensten Milchprodukte (!) hergestellt. Schon diese wenigen Angaben zeigen, besonders der Schweiz, was vor sich geht und bevorsteht. Dazu kommt, dass es, gerade auch im Zusammenhang mit dieser Entwicklung, mit der « Erschliessung neuer Räume », die für den Aufstieg Europas und die Förderung des Welthandels so wichtig war, allmählich vorbei ist. *Während früher die Beziehungen zur Aussenwelt ein Stück des hohen Lebensstandards Europas ausmachten, stellt sich nun umgekehrt die Frage, ob wir bei der wachsenden Konkurrenz mit den billig produzierenden aussereuropäischen Ländern unsern Lebensstandard in Europa überhaupt halten können oder ob die Rettung darin bestehen muss, dass die Länder mit hohem Lebensstandard versuchen, ihn dadurch zu sichern, dass sie unter sich auf einem höheren Niveau eine Art Selbstversorgung anstreben.*

Bevor wir mit dieser Untersuchung weiterfahren, wollen wir nicht unterlassen, die Aussichten des Freihandels, des Welthandels und der Weltwirtschaft zu untersuchen und festzustellen, ob und inwieweit überhaupt der Versuch gemacht worden ist, jene Voraussetzungen zu schaffen, die wir eingangs erwähnt haben und die für die Schweiz, besonders auch im Hinblick auf unsere Selbständigkeit und Unabhängigkeit, so günstig sein könnten.

Es ist gar keine so leichte Sache, das liberalistische Wirtschaftssystem zu ersetzen. Seine Dynamik hat der Weltwirtschaft auf dem Gebiete der Produktion, das heisst der Erzeugung von Gütern, jene nahezu unbegrenzten Möglichkeiten gebracht, die wir alle kennen und bewundern. Bei diesem Aufschwung spielte der Umstand eine Hauptrolle, dass der brutale Automatismus

dieses Systems die Notwendigkeit von Umstellungs- und Säuberungsprozessen so schnell anzeigte und sie so schnell und radikal aus sich selbst heraus zur Entladung brachte, dass es sehr viel Planung braucht, um dieses System — um was es schlussendlich geht! — durch ein besseres zu ersetzen und jene Härten auszuschalten, die sein rücksichtsloser Automatismus hervorrief. Die Ausschaltung dieser Härten und der damit verbundenen Raubwirtschaft und Vergeudung ist nur möglich, wenn die Planung, die ein Werk menschlicher Voraussicht und Rücksicht sein soll und deshalb viel Zögern und Hemmungen mit sich bringt, mehr als schlechte Improvisation ist. Die letztere kann die an sich grossen Vorteile des liberalen Automatismus nicht aufwiegen. Viele Leute sagen deshalb mit einem gewissen Recht: Halbe Massnahmen sind schlechter als gar keine.

Wenn dem so ist, so kann das gleiche auch vom liberalistischen System gesagt werden. Halbheiten bei beiden Methoden machten den grössten Teil des Elends der Zeit zwischen den beiden Kriegen aus: der Liberalismus war am Sterben und ein Mindestmass von Planung noch nicht am Leben.

Es fehlte nicht an Leuten und Instanzen, die den Liberalismus regenerieren und wieder auf volle Touren bringen wollten. Alle Bestrebungen des Völkerbundes gingen in diese Richtung. Die Konferenz von Genua im Jahre 1922 sowie die Weltwirtschaftskonferenzen der Jahre 1927 und 1933 hatten diese Zielrichtung. Das vom Völkerbund für diese Tagungen vorbereitete Material lässt sich auf den Generalnenner der Freiheit bringen. Es wurde darin unter anderm verlangt: Wiederherstellung der freien Wirtschaft und des freien Handels, Befreiung von den Fesseln der Kontingentierung und der anderen Schutzmassnahmen auf dem Gebiete des Warenverkehrs, Wiedereinführung des freien Kapitalverkehrs, einer liberalen Kreditpolitik, eines freien Geld- bzw. Devisenverkehrs sowie einer freieren Goldwährung. In allen Zusammenhängen kehrt das Wort Freiheit wieder: keine verünftige Preisregulierung ohne Freihandel, keinen Freihandel ohne freien Geld- und Kapitalverkehr, kein freier Geld- und Kapitalverkehr ohne freie Wirtschaft, keine freie Wirtschaft ohne freie Gestaltung der Herstellungskosten, keine freie Gestaltung der Herstellungskosten ohne — auch diesen Faktor hat man nicht vergessen! — freie Lohnfestsetzung!

Da man jedoch schon inmitten der Preisgabe all dieser Freiheiten stand, hätte ihre Wiedereinführung etwas vorausgesetzt, was zu der angestrebten Freiheit in unlösbarem Widerspruch stand: bindende nationale und internationale Beschlüsse, also Zwang. An diesem Widerspruch scheiterten alle Wirtschaftskonferenzen und Bestrebungen des Völ-

kerbundes. Was das bedeutete, wussten die Experten des Völkerbundes — die man nicht mit den unentschlossenen oder gleichgültigen Delegierten auf diesen Konferenzen verwechseln darf! — sehr genau. Es ist mit besonderer Deutlichkeit ausgesprochen worden am Schluss der Einleitung des Berichtes der Experten, die die Weltwirtschaftskonferenz des Jahres 1933 vorbereiteten:

> «*Wenn die Weltwirtschaftskonferenz scheitert, so steht in Aussicht, dass sich alle Nationen der Welt ein Ideal der Autarkie zu eigen machen werden, das nicht verfehlen wird, den wirtschaftlichen Fortschritt lahmzulegen. Eine solche Lösung würde den internationalen Bau des Finanz- und Geldwesens in seinen Grundfesten erschüttern, der Lebensstandard würde sinken und die Gesellschaftsordnung, in der wir leben, würde nicht mehr weiterbestehen können.*»

Ist inzwischen die Wahl getroffen worden und die Entscheidung gefallen? So sehr sich die Waage im nachfolgenden Jahrzehnt auf die Seite des Zwangs neigte, und zwar in einzelnen Fällen so stark, dass der Rückschlag des Pendels bereits eingesetzt hat, so kann man alles in allem auch heute noch sagen, *dass die Machthaber der Welt immer noch schwanken zwischen falsch verstandener Macht, das heisst Gewalt, und ebenso falsch verstandener Freiheit, das heisst Willkür und Schlendrian.*

Der forsche Vorkämpfer der Freiheit sind die USA. und insbesondere ihr Wortführer Sumner Welles. Das ist nicht erstaunlich. Die USA. nehmen in der Welt die gleiche Stellung ein wie zum Beispiel das konkurrenzfähigste und grösste Warenhaus in einer Stadt. Die USA. haben den grössten Laden und werden nach dem Krieg einen noch grösseren Laden haben. Deshalb ist für sie selbstverständlich, in hohen Worten zu proklamieren, dass jeder kaufen kann, wo er will, gleichviel ob einige kleinere und bescheidenere Betriebe — dazu gehören die meisten andern! — dabei lebensunfähig werden oder gar umkommen. (Ueber das Pech, das die USA. haben, indem sie neben der grössten Produktionskraft auch den grössten Teil des Goldes besitzen, mit denen die andern ihre Ware kaufen sollten, wird im Zusammenhang mit der Währungsfrage noch einiges gesagt werden.)

Aus den oben dargelegten Ueberlegungen heraus wiederholen Sumner Welles und andere verantwortliche Männer der USA. in ihren Bekundungen über die Kriegsziele bei jeder Gelegenheit die Schlagworte: volle Freiheit den privaten Unternehmungen, freier Warenaustausch, Gleichheit der Absatzmärkte, Beseitigung aller den Handel einschränkenden Bestimmungen, keine unterschiedliche Behandlung in den internationalen Handelsbeziehungen, Wiedereinführung des vollen Freihandels usw. In England, wo man hinter den Kulissen schon allerlei andere Erwägungen anstellt und Pläne vorbereitet, ist der Ton schon schwankender. Es kann dort zu so seltsamen Zusammentreffen kommen, dass sich

zum Beispiel der König in einer Rede an das Parlament für die «Freiheit für alle» ausspricht und man in der gleichen Zeitung, ja in der gleichen Kolonne in einer Rede von Churchill lesen kann, dass keine internationale Ordnung ohne Macht denkbar sei.

Eine geradezu groteske Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Schlagwort von der «Verteilung der Rohstoffe» und des Goldes. Als die Gewerkschaften nach dem letzten Kriege diese gerechte Verteilung forderten, was sich bei ihren sozialen Tendenzen und ihrer Forderung auf Abschaffung der halsabschneiderischen Konkurrenzwirtschaft sowie der Einführung der Bedarfsdeckungswirtschaft einigermassen rechtfertigen und begreifen lässt, wurde der Vorschlag von der kapitalistischen und wohlgesitteten Welt mit einem Hohngelächter aufgenommen. Die Befürworter dieser Idee, so vor allem der französische Arbeiterdelegierte der Internationalen Arbeitskonferenz, Jouhaux, wurden als weltfremde Schwärmer und Utopisten bezeichnet. Nun haben wahrhaftig die hochkapitalistischen Exponenten dieses Krieges diese Losung zu der ihrigen gemacht, und wir müssen es erleben, dass die grosse Presse der ganzen Welt uns armen Naivlingen des Jahres 1919 Tag für Tag hochoffizielle Regierungsbekundungen um die Ohren schlägt, in denen es heisst, dass « das, was die Welt erzeugt, gerecht zwischen den Völkern der Welt verteilt werden müsse » (offizielle Bekanntgabe der amerikanischen Kriegsziele vom 1. Juni 1942 durch den Mund von Sumner Welles). Die Formel wird von Fall zu Fall leicht abgewandelt. Es heisst das eine Mal, dass der künftige Friede nicht von Dauer sein könnte, « wenn er nicht vollständig auf dem natürlichen Recht aller Völker beruht, auf wirtschaftlichem Gebiet in gleicher Weise der Güter teilhaftig zu sein ». Alle Völker sollen, so wird ein anderes Mal gesagt, «freien Zutritt zu den lebenswichtigsten Rohstoffen haben» oder «einen bessern Zutritt zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt ».

Bedeutet die «Verteilung» der Rohstoffe die Verteilung von Wasser oder Luft, die nichts kosten? Geht es nicht um die Verteilung von Gütern und somit von Besitztum, von Geld und Kapital? Sind Sumner Welles und seine Gewährsmänner Kommunisten geworden oder meinen sie mit ihrer «Verteilung» lediglich — was wir ihnen beileibe nicht übelnehmen — den freien Zutritt zum Kauf, und zwar mit gespickter Börse? Wenn dem so ist, würde sich nichts geändert haben nach Beendigung dieses Krieges, der bekanntlich — wie der letzte — hauptsächlich deshalb ausgebrochen ist, weil die Rohstoffe der Welt — diesmal in des Wortes wörtlichster Bedeutung! — schlecht « verteilt » waren, wobei allerdings von den Leidtragenden unter einer guten Verteilung nicht die vernünftige Bedarfsdeckung für die Völker der Welt gemeint war, sondern die freie Verfügung über jene Rohstoffe, die man unbedingt braucht, wenn man ge-

legentlich das Volk gegen ein anderes Volk in den Krieg führen will!

Damit man uns nicht vorwerfen kann, dass wir nur offiziöse Wendungen und schöne Redewendungen anführen, möchten wir auch die Version der alleroffiziellsten Auslassung wiedergeben, der « Atlantic Charter » von Roosevelt und Churchill. Man wird dann sehen, dass darin ausnahmsweise das sonst so gerne gehandhabte Wort der « Verteilung » nicht zu finden ist und es in sachlicher Weise heisst, dass sich England und Amerika bemühen werden, « unter voller Beachtung ihrer bestehenden Verpflichtungen für alle Staaten, für grosse oder kleine, für Sieger oder Besiegte, zu gleichen Bedingungen einen bessern Zugang zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt zu schaffen, die zum wirtschaftlichen Wohlstand der Staaten benötigt werden ». Diese Version entspricht genau dem bereits erwähnten Beispiel der Einstellung der konkurrenzfähigsten Grossfirma einer Stadt, nur geht es hier um die ganze Welt.

Niemand kann sich nach dieser Charter über eine schlechte und unsoziale Behandlung beklagen. Jeder hat das Recht, alles zu kaufen, wenn er das nötige Geld auftreiben kann. War es vor diesem Kriege anders? Hat man nicht Japan bis zum letzten Augenblick « freien Zutritt » zum niederländischen Oel gewährt? Haben Firmen der USA. nicht bis zum letzten Augenblick sogar teilweise ihre Tankschiffe für den Transport dieses Oeles zur Verfügung gestellt?! Haben nicht die Alliierten direkt und indirekt Japan einen grossen Teil seines ungeheuern Kriegsmaterials geliefert?

Bevor wir, wie bei der Behandlung der Frage des Krieges und der militärischen Bereitschaft, also der politischen Souveränität, über jene Strömungen reden, die abseits der offiziellen Erklärungen vorhanden sind und andeuten, in welcher Richtung die Fahrt geht bzw. gehen könnte, möchten wir uns nun mit dem andern Extrem befassen, das heisst mit jenen Mächtegruppen, deren Ausgangspunkt nicht die Freiheit und die freie Weltwirtschaft, sondern der Zwang und die Autarkie sind bzw. waren. Wir müssen uns dabei klar sein, dass sich, wie auf seiten der Alliierten, im Laufe des Krieges grosse Wandlungen eingestellt haben. Wie man auf seiten der Alliierten immer mehr von den simplistischen freiheitlichen Lösungen abkommt und sich darüber Rechenschaft gibt, dass nach einem eventuellen Siege etwas geschehen muss, was unbedingt die und eine Ordnung sichern kann (was ohne einen gewissen Zwang nicht möglich ist), so ist auf seiten der Achse mit der Erweiterung des geographischen Machtbereiches das Autarkie-Ideal ein wenig in den Hintergrund getreten und wird man sich schrittweise darüber klar, dass, wenn man die halbe Welt politisch und militärisch beherrscht, die dabei fälligen wirtschaftlichen Vorteile

nur durch eine gewisse Freizügigkeit zu gewinnen sind («innerräumlicher Freihandel» im Grossraum usw.).

Die Autarkie war begreiflicherweise vor allem ein Rezept für den internen Gebrauch, um zunächst einmal machtpolitisch so weit zu kommen, ungehindert und aus eigener Kraft heraus der Welt gegenübertreten und sich dieselbe nutzbar machen zu können.

In dieser Epoche, wo es auf die Zähne zu beissen und den Gürtel enger zu schnallen galt, wollte man in der Wissenschaft und in der Praxis im angesagten rücksichtslosen Kampf gegen Internationalismus und Liberalismus vom Ideal der internationalen Arbeitsteilung nicht viel wissen. Man sagte, dass das Maximum des Ertrags nicht das höchste Ziel für eine Volkswirtschaft sein könne, dass es zu verzichten gelte, dass die neuen Wirtschaftsformen nur das Notwendige, nicht das Entbehrliche sichern wollen, dass es vor allem um das Unabhängigwerden vom Zufall gehe, dass es nicht angehe, die Kosten der Ernährung durch fortgesetzte Verlagerung der Produktion in die Gebiete niedrigster Gestehungskosten zu senken, dass ein Land nicht wegen stabiler Wechselkurse auf die Stabilität seiner eigenen Wirtschaft verzichten dürfe, dass der Preis nicht der einzige Anlass sei, warum Volkswirtschaften miteinander in Austauch treten, dass Geld nur Kaufkraft ohne Adresse und dass es mit dem Goldstandard endgültig vorbei sei. Wenn man sich auf diesen Standpunkt stelle, so bleibe nichts anderes übrig, als dass der dazu nötige, sich selbst erhaltende Raum wirtschaftlich einheitlich geführt werde. Mindestens eines der Mitglieder dieses Raumes müsse vielseitige Erfahrungen haben und mannigfaltiges Können, wie auch einen gewissen Grad der Annäherung an die optimale Grösse erreichen, da sonst dem grösseren Raum die Dynamik fehlen würde. Nahezu keines der europäischen Länder habe die Grösse, die es ihm ermögliche, mit den oben bezeichneten Aufgaben des Wirtschaftens fertig zu werden.

Als Räume, die die nötigen Voraussetzungen für ein solches Wirtschaften wohl haben, wurden drei genannt: Deutschland, Italien (für den Mittelmeerraum) und — es war in der Zeit, wo man den USSR. volkswirtschaftlich noch einen sehr grossen Platz einräumte — die europäischen und asiatischen Gebiete der USSR.

Inzwischen ist jene Entwicklung eingetreten, die wir bereits angedeutet haben. Man hat für die Wendung sehr schöne Formeln gefunden. Man spricht im Zuge der Erweiterung der Machtsphäre Grossdeutschlands (Grossdeutschland soll sozusagen ein neues Grossbritannien werden) wieder mehr von «weltwirtschaftlichen Vorgängen», die nach einem «Zwischenspiel autarkischer Rückwendung» und «Besinnung auf sich selbst» im «Gross-

raum wieder fruchtbar werden sollen. Das Arbeitsteilungsproblem trete «zuletzt» doch wieder hinaus in die «zwischenräumliche Zone» und «an seine Lösung bleibe jeder höhere Grad der Bedarfsbefriedigung unabweislich gebunden» (war wirklich ein zweiter Weltkrieg nötig, um zu dieser liberalistischen Binsenwahrheit und damit eventuell zu einem Neo-Liberalismus zurückzukehren?!).

In solchen Zusammenhängen hat Reichswirtschaftsminister Funk zum Beispiel gesagt, das von Deutschland vertretene Ordnungsprinzip lehne die zur zwangsläufigen Verarmung einer jeden Volkswirtschaft führende extreme Autarkie genau so ab wie eine überspitzte internationale Arbeitsteilung. Wenn Deutschland auch, so sagte er weiter, die internationalen Spielregeln des Goldautomatismus ablehne, so habe es doch nichts gegen die wahre Goldwährung. Dr. Landfried, Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, hat in einer Rede vor der deutschen Handelskammer in Dänemark sogar der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, dass die Lebensgewohnheiten und damit auch die Bedürfnisse in den verschiedenen Ländern zu wenig übereinstimmen, als dass man von heute auf morgen alle Zollschranken niederreissen und eine europäische Währungsunion schaffen könne.

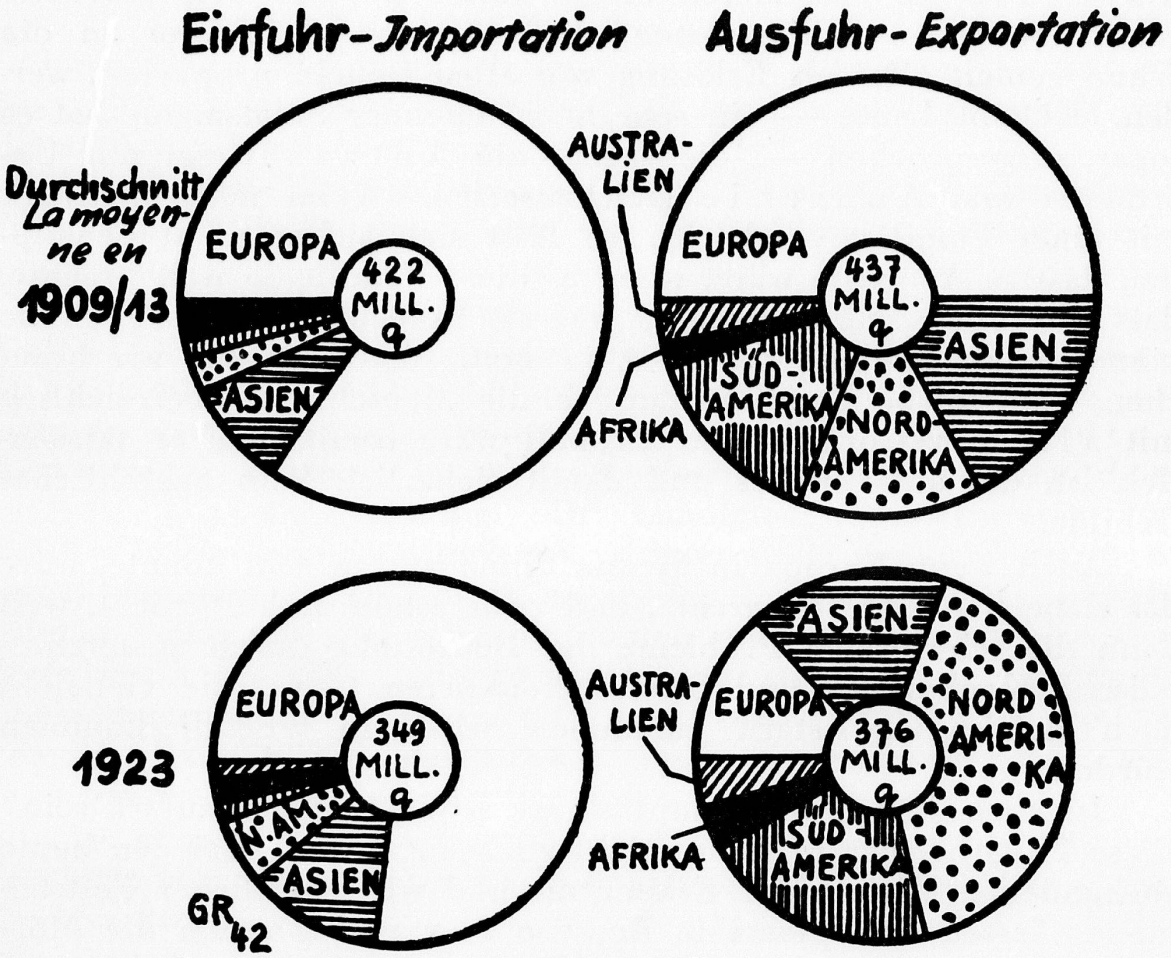
An anderer Stelle wird gesagt, dass sich jenseits der Raumkontingente, die für alle «Gliedstaaten» die Befriedigung des Notbedarfs und konjunkturelle Festigkeit bringen, so dass man nie in Verlegenheit kommen kann (wobei natürlich weniger an die Verlegenheit der Menschen als an jene der Rüstungsindustrie gedacht ist), rein ergänzend der Verkehr mit der ausserräumlichen Welt vollziehe. Ihm erwachse grundsätzlich nur noch die Aufgabe, die mengen- und artmässigen Güterversorgungslücken zu füllen. Welches sind dabei die Brosamen, die von der Herren Tische fallen und die zum Beispiel für die Schweiz, die zu einem grossen Teil von diesem «Fernhandel», das heisst vom Aussenhandel, abhängig ist, in Betracht kommen könnten? Der Fernhandel werde, verwandt seiner Rolle im Altertum und Mittelalter, überwiegend nur noch Seltenheits- und ortseigene Güter sowie Feinarbeitserzeugnisse umschlagen. Ein solcher «neuer Akzent» und «Charakter» des Aussenverkehrs werde auf die Weltwirtschaft konjunkturfestigend einwirken, die zyklischen Schwankungen ausgleichen und die zwischenstaatlichen Beziehungen wagnisfreier gestalten. Soweit dabei nicht begrenzte Nachfrage nach unentbehrlichen weltwirtschaftlichen Stapelgütern für Industrie und Ernährung in Betracht komme, könne sich dieser «Luxushandel» einzelner Raummitglieder mit der Aussenwelt so vielseitig und vielfächerig wie nur wünschenswert gestalten.

In diesem Zusammenhang soll einiges über die Autarkie im allgemeinen und die Möglichkeit einer europäischen Autarkie im besonderen eingeschaltet werden. Die Autarkie gehört zu jenen Schlagworten, die entweder als Teufel an die Wand gemalt oder als Erlösung von allen Uebeln propagiert werden. Es gibt Leute — ein sehr hochstehender Staatsmann hat es sogar ausgesprochen —, die sagen, die Autarkie sei mit Unordnung und Anarchie gleichzusetzen. Wenn man ein Volk mit einer Familie vergleicht, so lässt sich sicher nicht behaupten, dass es Anarchie wäre, wenn es diese Familie so weit brächte, dass sie alles selber erzeugt, was sie braucht. In diesem Sinne könnte unser Erdball, der alles, ja mehr bietet, als was wir brauchen, eine solche Familie, nämlich die Menschheit, überreichlich mit allem versorgen. Der Erdball wäre somit, was er tatsächlich ist, ein autarkisches und damit sicherlich kein anarchisches Gebilde.

Auch wenn Europa in diesem Sinne autark sein könnte, wäre das sicherlich keine Anarchie, und zwar schon deshalb nicht, weil dann die schwierigen Probleme der Bedrohung durch aussereuropäische Konkurrenz und Schmutzkonkurrenz usw., die vielleicht nach dem Kriege stark zunehmen wird, in Wegfall kommen würden.

Ist aber Europa überhaupt autark bzw. könnte es autark sein? Diese Frage ist gar nicht so leicht zu beantworten. Bei den heute vorhandenen Mitteln der Erkenntnis und wirtschaftlicher Feststellungen lassen sich plausible Beweise für und gegen die Möglichkeit dieser Autarkie führen. Es gibt Leute, die schwarz auf weiss nachweisen, dass 60 Prozent dessen, was bisher als europäischer Import bezeichnet worden ist und nicht weniger als 75 Prozent des europäischen Exports nichts weiter als Handel innerhalb Europas sind. Es kommt eben auch hier auf den Standpunkt des Beschauers und vor allem auf seine Einstellung und Lebensbedürfnisse sowie darauf an, was man unter Europa versteht. Der eine sagt, dass wir 90 Prozent, ja mit einem europäischen « Plan Wahlen » 100 und mehr Prozent unseres eigenen Bedarfs an Nahrungsmitteln decken könnten; der andere führt eine lange und gewichtige Liste der verschiedensten Produkte auf (Reis, Rohrzucker, Kaffee, Thee, Kakao, Baumwolle, Seidenkokons, Kautschuk usw.), die wir überhaupt nicht erzeugen können. In der Replik macht der Optimist sein Gegenüber auf Ersatzprodukte sowie darauf aufmerksam, dass es sich bei der Versorgung eines Volkes nur um das Unentbehrliche, nicht um das Wünschenswerte handeln soll. Wir könnten in der Tat ohne Reis, Kaffee usw. leben. Um zu zeigen, dass sich sogar beim Getreide, also bei unserem täglichen Brot, ein seltsames Bild ergeben kann, machen wir auf nachstehende graphische Darstellung aufmerksam, die gleichzeitig auch auf diesem ausschlaggebenden Gebiet die erwähnte Schrumpfung des Handelsvolumens illustriert:

Verteilung der Ein- und Ausfuhr von Getreide auf die verschiedenen Erdteile.



Da, wie wir gesehen haben, sogar auf seiten der Achse zugegeben wird, dass das Arbeitsteilungsproblem « letzten Endes » doch wieder « in die zwischenräumliche Zone hinaustritt », brauchen wir eigentlich den Streit um des Kaisers Bart nicht weiter zu führen. Wir haben übrigens allzeit die Meinung vertreten, dass ein Land auf dem Gebiet seines Lebensbedarfs seine eigenen Möglichkeiten voll ausschöpfen und sich so organisieren soll, dass es in Zeiten der Störungen und der Not nicht allzu grosse Entbehrungen zu leiden hat und seine Unabhängigkeit in mehr als schönen Reden zum Ausdruck kommt.

Im übrigen wird der Sieger, gleichviel wer siegt, nach dem Krieg Gelegenheit haben, den Beweis anzutreten, ob er national und international in Fragen der Arbeitsteilung und andern Fragen den richtigen M i t t e l w e g finden will und ob er ihn zu finden w e i s s : den Mittelweg zwischen Organisation und Freiheit, das heisst Planung und schöpferischer Initiative des Einzelnen.

Wir müssen dabei bedenken, dass es auf dem Gebiete der Schaffung staatlicher Gebilde (die Organisierung eines wahrhaft leistungsfähigen Europas käme einem solchen Gebilde gleich) leider nie ohne Macht und Gewalt abgegangen ist. Sogar Jacob Burckhardt, der immer wieder betont, dass die Macht böse an

sich ist und es in letzten Dingen der ethische Appell schaffen sollte, sagt in diesem Zusammenhang: « Noch kein Staat ist durch einen wahren, das heisst von allen Seiten freiwilligen Kontrakt (inter volentes) entstanden; denn Abtretungen und Ausgleichungen wie die zwischen zitternden Romanen und siegreichen Germanen sind keine echten Kontrakte. » Die Gewalt sei immer das Primäre: « Um ihren Ursprung sind wir nie verlegen, weil sie durch die Ungleichheit der menschlichen Anlagen von selbst entsteht. Oft mag der Staat nichts weiter gewesen sein als ihre Systematisierung.» Weiter sagt aber auch Jacob Burckhardt ebenso entschieden, dass, welches auch der Ursprung eines Staates (der politischen Zusammenfassung eines Volkstums) sei, er seine Lebensfähigkeit nur beweisen werde, wenn er sich aus Gewalt in Kraft und Recht verwandelt. Wenn dem so ist, so muss im übrigen auf die möglichen Unterschiede in der Dosis dieser unangenehmen und unerfreulichen Mittel abgestellt werden. Ein Mann wie Churchill hat sich denn auch gelegentlich auf diesen Unterschied berufen. Besonders deutlich tat er dies im Zusammenhang mit einem Vorwurf über die fehlende Bekanntgabe genau umschriebener Kriegsziele. Er betonte, der Unterschied zwischen der Idee des Britischen Commonwealth und der Idee der heutigen Diktatoren liege vor allem in der Auffassung vom richtigen Gebrauch der Macht. Keine internationale Ordnung sei denkbar ohne Macht, aber auf die Art der Machtausübung komme alles an. Einer ähnlichen Formel bediente sich einmal Lord Halifax: « Wir wollen Gerechtigkeit mit Macht verbinden und was gerecht ist, stark, was stark ist, gerecht machen. » Auf der Seite der Achse, von der wir während dieses Krieges schon zahlreiche Proben von der Art der Machtausübung erhalten haben, ist in diesem Zusammenhang einmal gesagt worden, dass sich die Welt in der Richtung nach einem geschlossenen europäischen Wirtschaftsraum bewege, « auch wenn in den Anfängen die Gewalt herrscht, was kaum anders möglich ist ».

Solange die verschiedenen Herren der Welt nicht den endgültigen Beweis für ihre Auffassungen über Macht und Gewalt angetreten haben, müssen wir uns an das halten, was sie sagen sowie an die Art und Weise, wie sie bis jetzt ihre Macht ausgeübt haben. Von seiten der Alliierten ist bis jetzt wenig Positives geschehen resp. gesagt und von seiten der Achse ein Verhalten eingeschlagen worden, das nicht zu Optimismus Anlass geben kann. Was im besondern die offiziellen Auslassungen der Alliierten betrifft, so hat ein sehr bekannter englischer Publizist dafür die Formel gefunden, dass « in all diesen Anregungen nicht ein einziger konkreter Vorschlag sei, für den irgendein Einwohner Europas auch nur den kleinen Finger rühren würde ».

Sicher ist, dass die Engländer einen Mittelweg gehen und im Wirtschaftlichen nicht den gleichen Fehler machen wollen, wie dies nach dem letzten Krieg im Politischen, das damals nahezu

ausschliesslich Berücksichtigung gefunden hat, geschah. Wir haben bereits im letzten Kapitel gesehen, dass das politische Selbstbestimmungsrecht nicht mehr ganz so hoch im Kurse steht. Die « politische Balkanisierung Europas », die man als Folge der Tendenzen des Versaillervertrages empfindet, soll nun, da man sich vor allem dem Wirtschaftlichen zuwenden will, nicht ihr Gegenstück finden bei der Schaffung wirtschaftlicher Gebilde. Es soll « systematisch organisiert » werden.

Die Bekundungen der britischen Arbeiterpartei, die ja heute viel und morgen wahrscheinlich noch mehr mitzureden hat, sagen über die Richtung, die diese Neuordnung nehmen soll, einiges mehr aus. In dem von der Arbeiterpartei dem diesjährigen Parteitag unterbreiteten vorläufigen Plan über « die alte Welt und die neue Gesellschaftsordnung » wird ausdrücklich betont, « dass es keine Rückkehr zur ungeplanten Weltkonkurrenzwirtschaft der Zeit zwischen den beiden Kriegen geben könne ». Die Grundlage der Demokratie müsse eine « für die Gemeinschaft geplante Produktion » sein. Die Herbeiführung der bekannten vier Freiheiten — Rede- und religiöse Freiheit, Freiheit von Not und von Furcht — setze unter anderm die « Organisierung der vollen Beschäftigung » und eine Erweiterung der sozialen Dienste voraus. Ueber internationale Fragen, also die Organisierung der Welt, heisst es schwarz auf weiss, dass « *in jedem Land eine schnelle Sozialisierung der hauptsächlichsten Produktionszweige zu erfolgen habe sowie ihre geplante Koordinierung zugunsten der Gemeinschaft, die allein eine Garantie für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens geben könne* ».

Im Kommentar zum genannten Plan wird unterstrichen, dass dieser Krieg «einer Krise unserer Zivilisation gleichkomme, die so tief gehe wie die Reformation oder die französische Revolution». Den Mächtigen von gestern wird vorgeworfen, sie hätten nicht begriffen, «dass eine demokratische Zivilisation unter den Bedingungen moderner Technologie unvereinbar sei mit dem Kirchspielgeist nationaler Souveränität». Eine « ungeplante Gesellschaft » sei « unfähig, grossen Massen von Staatsbürgern einen anständigen Lebensstandard zu sichern ». Das neue Zeitalter verlange « grundsätzliche wirtschaftliche und soziale Umstellungen ». Die Grundlage der Demokratie sei eine « geplante Produktion für den Bedarf ». In andern Zusammenhängen und Veröffentlichungen der verschiedensten Kreise stossen wir auf die Forderung einer europäischen Währung sowie die Kontrolle des Handels, « von der letzten Endes der Geldkurs abhänge ». Es wird gesagt, dass « die Rückkehr zum Goldstandard oder irgendeiner einzigen internationalen Währung unmöglich sei ». Jeder Handelsverkehr sei letzten Endes « Austausch von Gütern und Dienstzweigen, nicht von Geld». Jeder Handel habe, sei er bilateral oder multilateral, « den Charakter des Tausches ». Die Grenzen

unserer Möglichkeiten lägen nicht *« in irgendeinem Mysterium internationaler Finanz, sondern im vorhandenen Mass der Arbeitskräfte und Rohstoffe und im Mass unseres Willens und unserer Macht, sie zu organisieren und zu verwenden »*. Alle die Tatsachen setzen, so wird gesagt, eine europäische und nationale Planungsinstanzen voraus.

In den Kreisen der Gewerkschaften ist man nicht ganz so deutlich. Andere und starke Traditionen sind dort lebendig, die in der Praxis so weit gehen, dass die durch den Krieg bedingten Abweichungen von den früheren Freiheiten sogar vertraglich festgelegt werden können, so dass man genau weiss, auf welche Dinge man nach Ende des Krieges wieder zurückkommen kann.

Dies will nicht heissen, dass man in den Kreisen der britischen Gewerkschaften mit einer völligen Rückkehr zu den Vorkriegsverhältnissen rechnet oder diese Rückkehr gar wünscht. Man weiss, dass diesmal, selbst wenn man so unbedingt siegen wird, wie man es glaubt und hofft, nicht einfach der liberalistische Schlendrian wieder zu Worte kommen darf. Man will es jedoch vermeiden, dass der Staat und seine Maschinerie ein allzu grosses Gewicht erhalten. Man sucht nach einer andern Autorität und Ordnung. Man anerkennt — national und international — die Notwendigkeit der Planung und damit einer gewissen Freiheitsbeschränkung, doch man misstraut dem Staat so sehr wie früher und strebt nach einer Form der « wirtschaftlichen Selbstverwaltung », die aus britischen Traditionen kommt. In diesem Geiste melden sich bei den Gewerkschaften da und dort sogar syndikalistische Tendenzen. Dies ist kein Wunder. Die Förderung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung stand in Grossbritannien allzeit sehr hoch im Kurse. Schon zur Zeit, als in ganz Europa die Propagierung des « Plans der Arbeit », das heisst einer mehr oder weniger etatistischen Planwirtschaft, Trumpf war, gab die britische Gewerkschaftsbewegung jener « öffentlichen Körperschaft » oder « öffentlichen Korporation » den Vorzug, *bei der die Regierung vor allem Organ der Ueberwachung ist und die geschäftliche Leitung sowie Initiative in der Hauptsache in der Hand von Fachleuten bleiben.* Ohne sich für die einzelnen Industrien auf eine starre Form festzulegen, hatte man damals im Sinne von Uebergangsformen insbesondere auch sogenannte « gemischte Unternehmungen » im Auge, bei denen der Staat lediglich eine bedeutende oder entscheidende Teilhaberschaft an einem privaten Unternehmen hat und für deren Ueberwachung Räte eingesetzt werden, deren Mitglieder den Instanzen der Regierung und den verschiedenen Klassen der Bevölkerung entnommen werden.

Leider haben die Gewerkschaften bis heute nicht viel unternommen, um diesen Tendenzen, die ohne Zweifel in der Welt auf viel Sympathie stossen und als äusserst positiver Beitrag der Alliierten zum Thema der Kriegsziele bewertet würden, eine nationale und —

was noch wichtiger wäre — eine internationale Plattform zu verschaffen.

Demokratie und Freiheit einerseits, Planwirtschaft, also Organisierung und Unfreiheit, anderseits sind die Szylla und Charybdis, zwischen denen es durchzusteuern gilt, und zwar während eines Sturmes, der eine Verständigung über die Gefahren dieser beiden Felsenriffe schwierig macht sowie Grenzen und Ziele verwischt. Sogar in der Schweiz, wo das Klima in dieser Beziehung weniger rauh ist, werden Zwang und Freiheit — gelegentlich auch in Bekundungen der Arbeiterbewegung — oft im gleichen Atemzuge genannt, ohne dass sich jene, die die Worte sagen, und jene, die sie hören, allzu viele genaue Gedanken darüber machen.

Mehr Organisation ist nötig, heisst es, und im gleichen Atemzug, im gleichen Tonfall energischer Ueberzeugung wird weiter gesagt: noch mehr aber haben wir die Freiheit nötig. In einem hochoffiziellen Dokument wird zum Glauben aufgefordert an eine «grundlegend neue, gerechtere, planmässige und freiheitliche Ordnung». Der eine beruft sich auf eine so absolute Freiheit und garantiert klassenfreie Gesellschaft, dass er mit Heftigkeit den Beweis zu führen versucht, der Sozialismus habe nie und nimmer etwas zu tun gehabt mit Verstaatlichung im grossen, der andere greift auf die alte Forderung der «Verteilung der Rohstoffe» zurück, die den Staat und Zwang voraussetzt, ferner auf den «solidarischen Güterabsatz», auf die «internationale Regelung des Geld- und Währungswesens». Im allernächsten Satz wird an der Stelle des Trugbildes «imperialer Autarkie» ein «neuer Freihandel mit planvoller Arbeitsteilung verlangt». Wie in aller Welt kann im vollen Freihandel die Arbeitsteilung planvoll organisiert sein?! Der dritte sagt, Markt sei Krieg und bekräftigt damit die Forderung, dass dieser wie der andere Krieg abgeschafft werden soll. An seine Stelle trete der sozialistische Staat, in dem ein Kaufgeschäft «eine freundschaftliche Angelegenheit» sein werde. Wird es, so lange es Menschen gibt, nicht immer eine sehr grosse Zahl von Zeitgenossen geben, die in diesen Dingen, selbst wenn sie sich Sozialisten nennen, gar nicht so freundschaftlich sind? Viele Plangerichte werden im heutigen Europa mit einer so unangenehmen und unsympathischen Sauce herumgeboten, dass ein sonst so gescheiter Mann wie Jean Mussard («Der öffentliche Dienst» vom 27. März 1942) sogar auf den Gedanken kommt, der Begriff des Grossraumes sei lediglich aus der momentanen machtpolitischen Lage entstanden. Solches könne aus der Tatsache ersehen werden, dass wir «vor Juni 1940 nie davon gehört haben»: «Er ist ein Resultat des militärischen Zusammenbruchs der Französischen Republik, also eines weltgeschichtlichen Zwischenfalls.» Es würde Jean Mussard grün und blau vor Augen werden, wenn er lesen würde, wie zum Beispiel der Internationale Gewerkschaftsbund schon vor mehr als zehn Jahren über Grossraumwirtschaft geschrieben hat. Die deutschen Nationalsozialisten haben die Ar-

chive der freien Gewerkschaften in Berlin nicht nur beschlagnahmt, sondern wie vieles andere, zum Beispiel die Pläne Woytinskys über die Währungspolitik sehr gut studiert. Sie konnten in diesen Archiven von Grossräumen lesen, die sich von den eigenen in nichts unterscheiden, es sei denn, dass sie sogar grösser gedacht waren. Im Internationalen Gewerkschaftsbund sind planwirtschaftliche Forderungen angenommen worden, in denen die «positive Einstellung zur Frage der Grossraumwirtschaft» unterstrichen und gesagt wurde: «Die Arbeiterklasse sieht in der Entstehung der Grossraumwirtschaften im Weltwirtschaftsgefüge eine Entwicklung, mit der sie einiggeht.» Wenn der Verfasser dieser Grossraumträume ein Sozialist ist, so ist er allerdings auch ein Deutscher! Die Wirtschaftspolitik der Gewerkschaftsinternationale ist in der ganzen Zeit seit dem letzten Krieg vorwiegend von deutscher Seite inspiriert gewesen, gleichviel ob es sich dabei um die marxistische oder die antimarxistische Version handelte. Marx selber wäre nicht Marx geworden, wenn er nicht gleichzeitig ein Deutscher gewesen wäre!

Wollen wir nun Pläne, die wir früher als richtig erkannt und bekräftigt haben, verneinen, weil sie zufällig unter unangenehmen und unannehmbaren Vorzeichen sowie zur Unzeit von sich reden machen?

Wollen wir bestreiten, dass wir es gewesen sind, die immer wieder (schon nach Beendigung des letzten Krieges!) verlangt haben, dass zum Beispiel das Internationale Arbeitsamt mit mehr und hauptsächlich mit wirtschaftlichen Kompetenzen und Befugnissen ausgestattet werde. Auch wenn die in den Völkerbundsarchiven liegenden Pläne für die wirtschaftliche Reorganisierung Europas in den Archiven liegen geblieben sind und statt dessen drei Weltwirtschaftskonferenzen die Zeit mit fruchtlosen Gebeten für allerlei verstorbene Freiheiten vergeudet haben, sind diese Pläne doch unter unserer Mitarbeit zustande gekommen und sie sind teilweise — man denke nur an die wirtschaftliche Organisierung des Balkans und an die Vorschläge von Stresa usw. — so richtig, dass wir, wenn sie durchgeführt worden wären, vielleicht nicht in einem zweiten Weltkrieg ständen!

Weshalb sind diese Pläne eigentlich nicht durchgeführt worden? Sie prallten am gleichen Wort ab wie die kollektive Sicherheit, die Organisierung einer Völkerbundsarmee usw.: am Wort «staatliche Souveränität».

Wenn es so ist — es ist so! —, dass die Alliierten nach dem letzten Kriege ihre ganze Energie und Liebe mit unlösbaren politischen Problemen verpufften, während die wirtschaftlichen Pläne national und international in die besagten Schubladen wanderten, wenn in der Folge daraus ein fürchterlicher Katzenjammer entstand und es nun scheint, als ob man diesmal ins gegenteilige Extrem fallen, das heisst die politischen Augen zudrücken und

vor allem wirtschaftliche Tatbestände schaffen wolle, so wird sich diesem Versuch das gleiche Wort entgegenstellen: Souveränität.

Das wissen die Fachleute des Internationalen Arbeitsamtes, die heute in Kanada sitzen und Nachkriegspläne schmieden, sehr genau. Es sind die gleichen, zum Teil sehr weitblickenden Leute, die in politischen Dingen zwischen 1919 und 1939 wegen der leidigen Souveränität nicht zum Schlag gekommen und deshalb auch heute gar nicht optimistisch sind. Sie hegen — auch bei einem Sieg der Alliierten — keine grossen Hoffnungen auf die Nachkriegszeit. Sie sagen, dass sich, wenn etwas Erspriessliches geschehen soll, allerlei ändern müsse. Insbesondere gelte es — der Ausdruck stammt aus einem Brief eines guten Freundes aus Kanada, der es wissen muss — «die idiotische Auffassung der Souveränität preiszugeben, die unserer Arbeit jegliche bindende Kraft nahm».

Wenn wir die Währungsfrage bis jetzt nur gestreift haben und ihre Behandlung an den Schluss stellen, so geschieht es nicht darum, weil wir ihre Wichtigkeit verkennen. Ganz im Gegenteil! Ein sehr grosser Teil des wirtschaftlichen Ungemachs zwischen den zwei Weltkriegen kann auf die falsche und willkürliche Behandlung dieser Frage zurückgeführt werden. Noch grössere Schäden können bei einer ähnlichen Einstellung nach dem jetzigen Kriege entstehen.

Es ist erstaunlich und besorgniserregend, dass in den offiziellen Auslassungen der Kriegführenden dieser Punkt sozusagen übergangen wird, besonders auf seiten der Alliierten. Das hat seinen Grund. Man spricht im Hause des Gehenkten nicht gerne vom Strick. Der Gehenkte aber wären unter gewissen Umständen die USA. Das grosse Unglück der falsch gelagerten oder, wie man auch sagt, «verteilten» Goldbestände, das nach dem letzten Krieg von einem Elend ins andere und schliesslich zur Weltwirtschaftskrise führte, könnte sich diesmal in gigantischem Massstabe wiederholen. Wenn auch ein Teil des in USA. «sterilisierten», das heisst brachliegenden Goldes dort sozusagen nur deponiert ist (Kapitalflucht), so kann man doch sagen, dass fast drei Viertel der Goldvorräte der Welt den USA. gehören.

Da man nur mit Gold wirtschaften und es zur Basis einer Währung machen kann, wenn man es hat und somit alle am Goldstandard partizipierenden Länder über gewisse Vorräte verfügen müssten, darf man sich fragen, wie dieses Kunststück angesichts des genannten Tatbestandes und in einer Welt bewerkstelligt werden könnte, die den Goldstandard so gut wie ganz aufgegeben hat, wobei in Betracht gezogen werden muss, dass allein der uneingeschränkte Goldstandard die unter den gegenwärtigen Umständen damit verbundenen Nachteile wettmachen könnte. Der uneingeschränkte Goldstandard, der vielleicht Hilfe bringen könnte, besteht übrigens nicht erst seit 1931, 1933 oder 1936 nicht

mehr, das heisst seit ihn England und die USA. aufgegeben haben oder seit der bescheidene Goldblock (Frankreich, Italien, Belgien, Holland und die Schweiz) aufgelöst worden ist. Er ist eigentlich schon bei Beginn des letzten Weltkrieges begraben worden.

Man soll sich in dieser Beziehung keinen Illusionen hingeben. In krasser Weise hat dies einmal Graf Volpi, der Präsident der faschistischen Union der Gewerkschaften, zum Ausdruck gebracht, indem er sagte, dass entweder die jetzigen Besitzer des Goldes durch ihre Einkäufe in Europa das Gold in Zirkulation bringen müssen oder aber das Gold vom Markt verschwinden werde. Nun werden jedoch am Ende des Krieges, wenn Deutschland den Krieg verliert und deshalb darauf verzichten muss, sich wie üblich riesige Goldmengen als Kriegsentschädigung auszahlen zu lassen, die Dinge wahrscheinlich ausgerechnet so liegen, dass die Besitzer des Goldes — wie im letzten Kriege — gar nicht so sehr in Europa einkaufen, sondern gerade dorthin liefern wollen, während jene, die in USA. kaufen sollen, dazu kein Geld und Gold haben und eventuelle Kredite nur mit den von USA. gar nicht erwünschten Waren abzahlen könnten!

Wenn man von den USA. absieht, die sich in der oben geschilderten Zwangslage befinden, der zuliebe sich der britische Verbündete wahrscheinlich in dieser Frage so zuvorkommend schweigsam verhält, so ist die grundsätzliche Einstellung hüben und drüben auch auf diesem Gebiete nicht wesentlich verschieden.

Ueberall heisst es, dass die Arbeitskraft und nicht das Gold das Mass aller Dinge sein soll. Damit sind allerdings noch nicht alle Fragen gelöst, denn die Arbeitskraft lässt sich genau so gut — manchmal sogar besser! — missbrauchen als das Gold. Wenn die Umstellung und Preisgabe des Goldstandards einem wahrhaften Fortschritt gleichkommen sollte, so müsste vor allem bewirkt werden, dass das neue Mass aller Dinge nicht gegen die Nutzniesser, sondern zu deren Nutz und Frommen verwendet wird. Pläne dazu waren in Deutschland vor 1933 vorhanden. Sie sind jedoch, wie bereits bemerkt, in den Schubladen geblieben. Mit einer Klassizität, die wahrhaft einer besseren Sache würdig gewesen wäre, führte die brutale Deflationspolitik Brünings direkt zum Sieg des Nationalsozialismus.

Hitler hat dann die Formel von der Arbeit als Massstab der Währung in einer andern Fassung aufgenommen und gesagt: « Die deutsche Arbeitskraft — das ist unser Gold, und das ist unser Kapital, und mit diesem Gold schlage ich jede andere Macht der Welt. » In einer Rede über die Kriegsziele hat der britische Aussenminister Eden einmal ähnlich, wenn auch vorsichtiger und mit einer freundlicheren grundsätzlichen Einstellung gesprochen. Er setzte sich für die Neubelebung des internationalen Handels « auf grösstmöglichster Grundlage » ein und fügte — was einer stark einschränkenden Bemerkung gleichkommt — verschämt bei, *dass dabei das System des internationalen Austausches nicht durch*

monetäre Erwägungen, sondern durch Waren und Dienstleistungen bestimmt werden müsse.

Im Grunde genommen würden alle gerne mit sich reden lassen, und zwar deshalb, weil alle wissen, dass sie vom Auslande nie ganz unabhängig sein werden und weil alle exportieren wollen. Selbst Graf Volpi hat im gleichen Atemzug bei der Verdammung des Goldstandards unterstrichen, dass die italienische Volkswirtschaft nur leben könne, wenn Italien exportieren kann. Die Formel « exportieren oder sterben » ist ein Ausspruch von Hitler.

Wie für jeden Menschen der « bittere Erdenrest » bleiben wird, so wird sich jedes Land allzeit um den unausbleiblichen « Spitzenausgleich der Zahlungsbilanz » kümmern müssen. Dazu — und zu anderem! — braucht es mit und ohne Goldstandard ein bequemes, bewährtes und solides Vehikel. Für dieses Vehikel können, falls es das Gold sein soll — wenn schon, denn schon! —, gewichtige technische und praktische Bewährungsmomente geltend gemacht werden.

Wie aber steht es dann mit der « autonomen Konjunkturpolitik », die sich mit dem integralen Goldstandard in keiner Weise verträgt und auf die kein Land — nicht einmal die in so hohem Masse vom Export lebende Schweiz! — ganz verzichten will? Gibt es kein Kompromiss? Viele Gegner des Goldstandards verneinen die Frage und behaupten, dass alle Versuche, die Goldwährung so zu gestalten, dass sie eine autonome Konjunkturpolitik der einzelnen Länder ermöglicht, nur dahin führe, dass das System nicht mehr funktionieren kann. Sie sagen deshalb: die Goldwährung ist endgültig abzuschaffen, und zwar in allen ihren Schattierungen und Abarten. Wenn dies nicht getan werde, so sei dies für die Demokratien ein Unglück.

Anderseits geben sogar die Befürworter des Goldstandards zu, dass es « *unsinnig wäre, einen Geldbedarf nur deshalb nicht zu befriedigen, weil nach geltenden Deckungsvorschriften das höchstzulässige Notenkontingent erschöpft sei* ». Also doch autonome Konjunkturpolitik?

Gibt es vielleicht insofern ein Kompromiss, als man sich für den Spitzenausgleich auf das Gold einigt und im übrigen die im Inland umlaufenden Geldmengen so « manipuliert », dass der Beschäftigungsgrad und das interne Preisniveau, um die sich schliesslich, wie wir im nächsten Kapitel sehen werden, alles drehte, hochgehalten und Arbeitslose vermieden werden können? Damit wäre es aber wohl letzten Endes um den innerlich gesunden Wechselkurs, das Rückgrat und den grossen Vorteil des Goldstandards, getan.

Der letztere Punkt spielt für die Schweiz eine besonders grosse Rolle. In seinem Referat an der Generalversammlung der Schweizerischen Nationalbank hat der Präsident des Direktoriums, Herr E. Weber, in diesem Zusammenhang festgestellt, « dass die Preisgabe einer mit Werten gedeckten Währung zugunsten eines aus-

schliesslich auf der staatlichen Autorität beruhenden Papiergeldes die internationale Zahlungsfähigkeit unseres Landes und damit unsere Versorgung, Export und Import, für die der feste Wechselkurs unentbehrlich ist, schwer gefährden würde ». Die festen Wechselkurse und unsere anerkannte Zahlungsfähigkeit seien auch für die Nachkriegszeit von allergrösster Bedeutung.

Alles in allem kann man sagen, dass sich, komme es wie *es wolle, bei der Waage des Schicksals die Schale der Planung und damit des Zwangs in der Produktion und Verteilung der Güter (in die letztere Kategorie gehört auch die Währungsfrage) stark neigt.*

Auf allen Gebieten ist die letzte Station des Liberalismus, bis zu der feste und zum Teil bewährte Geleise geführt haben, hinter uns. Ein Zurück gibt es wohl nicht mehr, auch wenn sich als Rückschlag angesichts der totalitären Abenteuer der letzten 20 Jahre und der straffen Kriegswirtschaft schon heute Praktiker und Wissenschafter ganz energisch und eindeutig für die Rückkehr zur vollen Freiheit einsetzen, wobei sie vergessen, dass diese Freiheit gar nie bestanden hat und uns, soweit es sie wohl gab, dorthin gebracht hat, wo wir heute stehen.

Da es kein Zurück mehr gibt, stellt sich die Frage, ob das vor uns liegende Stück wenigstens im Masse des Möglichen auf die gleiche Weise und auf Grund der gleichen Methoden, das heisst im gleichen Geleise, mit der gleichen Spurweite und ähnlichen Vehikeln befahren werden kann und soll, wie dies beim zurückgelegten Stück Weg der Fall war. Es könnte dabei geschehen, dass wir, weil wir bis jetzt angeblich so gut und auf sichtbaren sowie eingefahrenen Pfaden vorwärtsgekommen sind, Geleise für Verkehrsmittel bauen, die gar nicht mehr in Frage kommen: zum Beispiel Geleise für Flugzeuge! Soll der während Jahrhunderten geschaffene kostspielige Apparat, für den so tüchtige Kenner und Maschinisten vorhanden sind, einfach preisgegeben werden?

Bei der Wahl zwischen Zwang und Freiheit in unserm Wirtschaftssystem handelt es sich vielleicht um das gleiche Problem wie bei der Wahl zwischen Strasse, Schiene, Wasser und Luft im Verkehrswesen: *es muss ein vernünftiger und für alle tragbarer Ausgleich geschaffen und der Rest der Entwicklung überlassen werden, die bekanntlich Zeit hat und manchmal auf unser Ungestüm ganz seltsame und brauchbare Antworten gibt.*

Auf die Gefahr hin, von beiden Seiten angegriffen und missverstanden zu werden, muss man den Mut zur Mitte haben. Die Schweiz und innerhalb der Schweiz die Gewerkschaftsbewegung haben dabei bereits in mancher Beziehung das gute Beispiel gegeben. Sie können es zum Nutzen der Welt weiterhin geben!

Gute Voraussetzungen für einen natürlichen Ausgleich sind vorhanden. Wir kennen alle die Zwangslage, in der sich die auf den Export angewiesene Schweiz befindet. Wir haben gesehen, dass dieser Export trotz aller Autarkiebestrebungen für uns auch weiterhin seine grosse Rolle spielen kann und wird, dass wir sogar bei einem Sieg der Achse Aussicht hätten, wie bis jetzt zu jenen Ländern zu gehören, deren Verkehr mit der Aussenwelt in « Seltenheits- » und « Feinarbeitserzeugnissen » grosse Wichtigkeit haben wird und sich « so vielseitig und vielfächerig wie nur wünschenswert gestalten soll ». Andererseits sind wir uns gerade in diesem Krieg alle klar geworden, wie wichtig es ist, im Notfall auch auf sich selber gestellt sein zu können. Wer importieren und wer exportieren will, soll deshalb auch jenen Opfer und Anerkennung bringen, die in der Schweiz ausschliesslich auf die Schweiz und damit auf uns alle angewiesen sind. In dieser Beziehung ist der Weg vorgezeichnet. Was die Währungspolitik im besondern betrifft, von der bei uns zu einem grossen Teil der Beschäftigungsgrad und damit die autonome Konjunkturpolitik mit abhängt, so ist wohl eine Deflation nach dem Muster der letzten Nachkriegszeit ausgeschlossen, was uns ganz von selber auf den Weg der Wechselkurspolitik verweist und dabei sicherlich nicht in die Richtung jener klassischen Methoden, die, ob man will oder nicht, der Vergangenheit angehören.

> Dies ist auch der Sinn des Punktes 9 der vom Ausserordentlichen Gewerkschaftskongress im November 1941 angenommenen Resolution Bratschi: « Die vermehrte Einflussnahme des Staates auf die Wirtschaft ist auch nach dem Kriege notwendig. Dem Staat fällt die Lenkung (also nicht der diktatorischen und schematischen Führung, d. V.) der Wirtschaft zu. Er hat die dafür notwendigen Direktiven zu geben. Für die Selbstverwaltung des Staates fallen die Zweige der Wirtschaft in Betracht, deren Sicherstellung für die Volksgemeinschaft von besonderer Wichtigkeit ist. Im übrigen soll der privaten Initiative genügende Freiheit gelassen werden. Die Form der genossenschaftlichen Selbsthilfe soll dabei auf allen Gebieten der Wirtschaft vom Staate gefördert werden. »

Die obige Darstellung der wichtigsten Tendenzen in beiden kriegführenden Lagern tut dar, dass wir uns, ob es uns passt oder nicht, *unwiderruflich auf dem Wege des Planens und der Lenkung befinden, dass es nur um die Dosis dieser Mittel sowie darum geht, dass sich die ganze Welt gegen brutale Gewalt und absolute Lösungen stellt, die nicht einigen, sondern trennen, nicht schöpfen, sondern zerstören.*

Die volle Freiheit ist unmöglich und der absolute Zwang unerwünscht; trotzdem sind genug Möglichkeiten vorhanden, um zwischen diesen beiden Polen gute und verantwortliche Arbeit zu

leisten. Auch wenn man nicht den Ehrgeiz oder die Hoffnung hat, dass die Rohstoffe «verteilt» werden, so lässt sich zum grossen Wohle aller schon viel erreichen durch ihre materielle und statistische Erfassung, ihre allgemeine Ausbeutung, die Regelung der Frachtenpreise, die grosszügige Finanzierung des Kaufs und Verkaufs, den Kampf gegen die gerade auf diesem Gebiet besonders krasse und schädliche Spekulation. Was an gewaltiger Organisation im schlechten von grossen Welttrusts und Kartellen für eine ganze Reihe von lebenswichtigen Produkten getan wird, bzw. worden ist (Kautschuk, Zinn, Tee, Kaffee, Kupfer, Aluminium, Nickel usw.) kann auch im guten getan werden. National und international können die schon nach dem letzten Kriege eingeführten, in Vorschlägen und Verträgen verankerten Institutionen der Zusammenarbeit (Betriebsräte, Wirtschaftsräte usw.) ausgebaut und mit praktischer Arbeit betraut werden, *wobei der Form der direkten Zusammenarbeit innerhalb der einzelnen Industrien und von Menschen, die genau wissen, wo der Schuh drückt, besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll.* (Man erinnere sich der direkten Zusammenarbeit auf internationalen Konferenzen der Textilindustrie, der Schiffahrt usw.) Wenn auch die nationale und die Grossraum-Zwangswirtschaft abzulehnen sind, so lässt sich doch manches Uebel heilen durch grosszügige Arbeitsbeschaffungspläne, die z. B. international schon in der Zeit zwischen den beiden Kriegen vorhanden waren und Länder betrafen, die ohne Zweifel zum Teil wegen der versäumten Durchführung in den Krieg gezogen worden sind: Oesterreich, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Griechenland, Lettland, Litauen, Finnland, Polen! *Die internationale Arbeitsbeschaffung fördert die nationale Arbeitsbeschaffung. Die nationale Arbeitsbeschaffung kann nur ein Werk von Dauer sein, wenn sie durch internationale Arbeitsbeschaffung unterstützt wird.*

Wenn — um mit der Schweiz abzuschliessen — der Bundesrat froh wäre, wieder zur wirtschaftlichen Freiheit zurückkehren zu können, und wenn er vor einer umfassenden Planung zurückschreckt, weil diese eine Einschränkung der persönlichen Freiheit bedeuten würde, so muss gesagt werden, dass die Rückkehr zur Freiheit ein frommer Wunsch und die Planung, falls es um diese Freiheit tatsächlich endgültig geschehen ist (was die obigen Ausführungen über die grundsätzliche Einstellung aller Kriegführenden dartun), eine unentrinnbare Notwendigkeit ist.

Die Gewerkschaften als wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterschaft sind sich heute wie gestern darüber klar, dass die Rückkehr zur vollen Freiheit weder möglich noch angängig ist. Sie wissen, dass am Ende der einleitend aufgeführten Liste der alleinseligmachenden Freiheiten die Freiheit der Lohnfestsetzung steht und dass bei diesem Schneeballsystem der Freiheit — wie in der Lotterie — der letzte der Geprellte ist. In ihrem Kampf gegen den Freihandel mit der Arbeits-

kraft haben sie die erste Bresche geschlagen im stolzen und reichen Irrgarten des Liberalismus. Sie können und wollen nicht dagegen sein, dass an dessen Stelle ein Garten geplant wird, in dem die individuelle Initiative gewahrt bleiben kann, dessen Gesamtlage jedoch, wie das heute bei jedem guten Pflanzwerk der Fall ist, so geplant ist, dass allen ein Stück Boden sowie Sonne und Wasser zugute kommen.

III.

Die Sozialpolitik nach dem Kriege.

Sozialpolitik ist eine der Formen der freiwilligen oder von den Organisationen der Arbeiter bewirkten Wohltätigkeit des liberalen Staates. Wohltätigkeit ist, wie der gutbürgerliche Schriftsteller und Journalist J. V. Widmann einmal gesagt hat, « eine Abschlagszahlung der Besitzenden an die Besitzlosen ».

Die liberale Epoche hat ihren Höhepunkt und Abschluss mit dem letzten Weltkrieg erreicht. Auch die Sozialpolitik erreichte damals ihren Höhepunkt. Alle Forderungen, die die Konferenz von Leeds der Gewerkschaften der Entente-Länder im Jahre 1916, die Konferenz von Bern der Länder Zentraleuropas im Jahre 1917 und schliesslich jene von Bern der Gewerkschaften beider Ländergruppen vom Februar 1919 aufgestellt haben, sind sozialpolitische Forderungen. Selbst die in einer Resolution über den Völkerbund aufgestellten wirtschaftlichen Forderungen der Berner Konferenz 1919 waren, abgesehen von der « internationalen Verteilung der Rohstoffe » sowie der «internationalen Regelung des Zahlungs- und Transportverkehrs », vorwiegend sozialpolitische Forderungen: Stärkung der Arbeitskraft und Hebung der Bildung der Arbeiter, Förderung des Arbeiterschutzes, rationelle und wissenschaftliche Organisation der Arbeit.

Man muss zugeben, dass das Berner Programm durch den Friedensvertrag und die Wirksamkeit des Internationalen Arbeitsamtes (IAA.) nach dem Kriege, soweit die Ausarbeitung von Konventionen in Frage kommt, in mancher Hinsicht mehr als seine volle Verwirklichung gefunden hat.

Es sind internationale Konventionen auf folgenden Gebieten zur Annahme gelangt: Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit, Mutterschutz, Nachtarbeit der Frauen, Mindestalter (Gewerbe), Nachtarbeit der Jugendlichen (Gewerbe), Mindestalter (Seeschiffahrt), Entschädigung für Arbeitslosigkeit (Schiffbruch), Arbeitsvermittlung für Schiffsleute, Mindestalter (Landwirtschaft), Vereinigungsrecht (Landwirtschaft), Entschädigung bei Betriebsunfällen (Landwirtschaft), Verwendung von Bleiweiss zum Anstrich, Wöchentlicher Ruhetag (Gewerbe), Mindestalter (Kohlenzieher oder Heizer, Arbeit auf See), Aerztliche Untersuchung der Kinder und Jugendlichen (Seeschiffahrt), Entschädigung bei Betriebsunfällen, Berufskrankheiten, Gleichbehandlung (Betriebsunfälle), Nachtarbeit in Bäckereien, Aufsicht über Auswanderer an Bord von Schiffen, Heuervertrag der Schiffsleute, Heimschaffung der Schiffsleute, Krankenversicherung (Gewerbe und Landwirtschaft), Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen, Gewichtsbezeichnung an schweren, auf Schiffen beförderten Frachtstücken, Unfallschutz (Hafenarbeiter), Zwangs- oder Pflichtarbeit, Arbeitszeit (Handel und Bureaus, Kohlenbergbau), Unfallschutz (Hafenarbeiter), Mindestalter (nichtgewerbliche

Arbeiten), Bureaus für entgeltliche Arbeitsvermittlung, Altersversicherung (Gewerbe, Landwirtschaft usw.), Invalidenversicherung (Gewerbe und Landwirtschaft), Hinterbliebenenversicherung (Gewerbe, Landwirtschaft usw.), Nachtarbeit (Frauen), Berufskrankheiten, Arbeitszeit (Tafelglashütten), Arbeitslosigkeit, Untertagarbeit (Frauen), Vierzigstundenwoche, Internationale Wanderversicherung, Verkürzung der Arbeitszeit (Flaschenglashütten), Anwerbung eingeborener Arbeitnehmer, Verkürzung der Arbeitszeit (öffentliche Arbeiten), Bezahlter Urlaub, Befähigungsnachweise der Schiffsoffiziere, Bezahlter Urlaub für Schiffsleute, Fürsorgepflicht des Reeders bei Krankheit oder Unfall der Schiffsleute, Krankenversicherung der Schiffsleute, Arbeitszeit an Bord und die Besatzungsstärke.

Diese 58 Uebereinkommen sind (Stand im Jahre 1937) insgesamt von 51 Staaten 739mal ratifiziert worden, so dass durchschnittlich auf einen Staat zirka 14 Ratifizierungen entfielen. Eine Verpflichtung dazu bestand nur insofern, als jeder Mitgliedstaat gehalten war, innerhalb eines Jahres nach Abschluss einer internationalen Konferenz die Konventionen oder Empfehlungen den kompetenten Behörden zu unterbreiten « im Hinblick auf die Umarbeitung in ein Gesetz oder die Ergreifung anderer Massnahmen ». Falls ein solcher gesetzgeberischer Akt bzw. die genannten Massnahmen nicht erfolgten oder keine Zustimmung erreicht wurde, hatte der Mitgliedstaat keine andere Verpflichtung.

Dies ist der Sinn der « idiotischen Souveränität » und der mangelnden « bindenden Kraft », von der unser Freund in Kanada (siehe letztes Kapitel) geschrieben hat. Was diese Einschränkungen, zusammen mit dem Umstand, dass es sich bei den angenommenen Beschlüssen oft um Mindestforderungen und bei den Ratifikationen um blosse Gesten handelte, bedeuten können, sehen wir, wenn wir prüfen, welche Konventionen und von welchen Ländern sie ratifiziert worden sind. Die höchste Zahl der Ratifizierungen erreichte die Gleichbehandlung von Betriebsunfällen (35). Es folgen die Konvention über Gewichtsbezeichnung an schweren Schiffsgütern (33), Konvention über Mindestalter (Kohlenzieher, Heizer und Schiffahrt) sowie die Konvention über Arbeitslosigkeit (30). An der Spitze der ratifizierenden Länder standen im März 1937 mit 33 Ratifikationen Chile und Spanien, dann folgen mit 30 Ratifikationen Uruguay und Nikaragua, also nicht gerade fortschrittliche Länder, während z. B. eines der fortschrittlichsten Länder, Dänemark, nur 12 Ratifikationen aufwies oder gar die Schweiz nur 9. Ehrenvoll an der Spitze marschierte schon damals Grossbritannien mit ebenfalls 30 Ratifikationen.

Wie steht es mit den sozialpolitischen Forderungen in diesem Kriege? Man hört nicht viel davon, was seine Gründe hat. Wenn bis jetzt Sozialpolitik Flickwerk am Gebäude unserer Gesellschaftsordnung oder eine « Abschlagszahlung der Besitzenden an die Besitzlosen » war, so scheint es diesmal um mehr als solches Flickwerk gehen zu sollen, nämlich um das Gebäude selber. Viele glauben, dass das Höchstmass der Sozialpolitik alter Schule erreicht ist, dass die gegenwärtige Gesellschaftsordnung mehr nicht geben kann bzw. seine Träger nicht

Eigentum des Vorstandes der SPD

mehr geben wollen, dass sich weiteres Flickwerk nicht mehr lohnt und es für alle Teile rationeller ist, ein neues Haus zu bauen. Damit wird das ganze Gewicht auf wirtschaftliche und «strukturelle» Forderungen gelegt. Der Kuchen des Sozialprodukts muss neu und grösser gebacken werden. Diese Bedeutung muss, wenn man die Sache kühl und objektiv betrachtet, den diesbezüglichen Punkten der Atlantic Charter beigemessen werden. Sie entwickelt im einzelnen kein sozialpolitisches Programm, sondern spricht ganz allgemein von der zu verwirklichenden « social security », der « sozialen Sicherheit ». Im letzten Krieg sollte die Welt — mit dem bekannten Resultat — im Politischen gerettet, d. h. für die Demokratie sichergestellt werden: « safe for democracy ». Diesmal scheint es um die vollständige soziale Sicherstellung zu gehen.

Was bedeuten aber « soziale Sicherheit » sowie die « Abwesenheit von Mangel und Furcht » (freedom from want and fear)? Sie können gar nichts anderes bedeuten als die Abschaffung der Arbeitslosigkeit, einen anständigen Lebensstandard für alle, eine sorgenfreie Jugend und ein sorgenloses Alter. Die Abschaffung der Arbeitslosigkeit kann ihrerseits — nicht wir sind es, die den Mund so voll nehmen! — nichts anderes bedeuten als die Abschaffung der Konkurrenzwirtschaft, denn nur dadurch kann — wenn überhaupt — die volle Sicherheit gegeben werden.

Wer kann diese Garantie verwirklichen? Ist es der Staat, d. h. eine Institution, die, falls sie kein zweifelhaftes Unternehmen ist, das Geld nicht am fliessenden Band herstellen kann, sondern es dort hernehmen muss, wo es seine wahre Deckung hat: bei der Arbeit, aus der Wirtschaft. Ist es die Wirtschaft? Wie aber kann die Wirtschaft, die konkurrieren und sich nach der Decke strecken muss, die tausend Zufällen des Binnen- und Aussenhandels ausgesetzt ist, eine sichere Garantie, d. h. die soziale Sicherheit, geben?

Viele sagen, dass diese Sicherheit, gleichviel, ob sie der Staat durch eigenes Wirtschaften oder die nichtstaatliche Wirtschaft gibt, nur kommen kann, wenn *alle Faktoren des Wirtschaftens souverän beherrscht werden und der Zufall völlig ausscheidet, d. h. wenn man sich innerhalb seines eigenen Lebensraumes so einrichtet, dass man nach Möglichkeit unabhängig ist und sich nur um jenen internationalen Spitzenausgleich in überzähligen oder unentbehrlichen lebenswichtigen Gütern zu kümmern braucht, der das innere Gleichgewicht, das allein erreichbar und bemessbar ist, nicht bis zur Gefährdung der sozialen Sicherheit stören kann. Muss ein solcher Raum nicht sehr gross sein und vieles bergen, was vielleicht das britische Weltreich, USA. oder Europa, aber sicherlich nicht die Schweiz hat?*

Wenn die Schweiz als wirtschaftliche Einheit bestehen bleiben soll, können wir uns, so sagen viele mit einem gewissen Recht,

wahrscheinlich eine solche Philosophie nicht leisten. Andere sagen, dass eben auch in dieser Beziehung nicht mehr in Geld, sondern ausschliesslich in Arbeit und Gütern gedacht und gerechnet werden soll.

Wenn ein Bundesrat z. B. sagt, dass « für die Altersversicherung die Geldfrage entscheidend und das Geld rar sei », so wird ihm darauf in einer Zeitung der « Erneuerer » geantwortet, die Altersversicherung sei gar keine Geldfrage, sondern « lediglich eine Frage der Arbeitskraft, der Produktionsleistung des Landes ». Es gehe letzten Endes nicht um Prämien und Geld, sondern um die Waren, den Konsum der alten Leute, um Wohnung, Kleider, Lebensmittel, Holz usw. Dieser Bedarf müsse eben je nach der Konjunktur von den Jungen mit den Alten brüderlich geteilt werden. Die Gütererzeugung des Landes « müsse um den Betrag, der den Alten zur Sicherung ihrer Existenz zur Verfügung gestellt wird, gesteigert werden ». Ob die Bereitwilligkeit grösser ist, wenn man erhöhtes Arbeitsprodukt bzw. Güter, anstatt Geld, d. h. die Wertzeichen von Arbeit und Gütern teilen muss, ist allerdings eine andere Frage.

Die ganze Sozialpolitik wird auf diese Weise zu einem Ableger der seligmachenden Quantitätstheorie, die besagt, dass die Summe der vorhandenen Waren und Dienstleistungen gleich der Summe des vorhandenen Geldes sein muss, wobei jedesmal die Quote des Geldes, bzw. der Gutscheine für Waren, höher sein kann, wenn mehr produziert wird. Da die « Abschaffung des Zufalls » ein Höchstmass von Unabhängigkeit, d. h. nach Möglichkeit die Beschränkung auf die Dinge voraussetzt, die man übersehen kann, würde sich vielleicht in einer geplanten Wirtschaft der Konsum niedriger stellen als früher, besonders in einem kleinen Raum, so dass die « soziale Sicherheit » eine Sicherheit auf niedrigerem Niveau wäre. Würde die Schweiz dabei vielleicht ein schlechtes Geschäft machen? Oder haben jene recht, die behaupten, alle diese Dinge werden sich geben, wenn zunächst einmal die Währung vom Gold gelöst wird und man wenigstens diesen « Tribut » und diese « Fesseln » los wird?

Wie dem auch sei, auf alle Fälle ist die Sozialpolitik im alten Stil und sind alle « klassischen » sozialpolitischen Forderungen in den Hintergrund getreten. Es gilt auf diesem Gebiete vor allem noch, bereits bestehende Texte in die Tat umzusetzen und Lücken in bezug auf das Ausmass sozialer Massnahmen und Forderungen zu füllen, die von Land zu Land sehr verschieden gelagert sind (so werden z. B. in England in Sonderheit Forderungen auf dem Gebiete des Erziehungswesens aufgestellt, die in der Schweiz schon längst erfüllt sind).

Bezeichnend und richtungweisend ist, dass von allen sozialpolitischen Forderungen des Berner Programmes des Jahres 1919 eigentlich nur eine einzige, obwohl sie bis zum letzten Augenblick vor dem Kriege Gegenstand von Verhandlungen, Studien und Ent-

würfen war, nicht in den Rahmen einer allgemeinen Konvention zu gelangen vermochte: das Koalitionsrecht, die Gewerkschaftsfreiheit.

Auch hier gilt es, den Mittelweg zu finden zwischen organisatorischen Notwendigkeiten und der Wahrung menschlicher Würde, die, so sagt man, darin bestehen kann, dass wohl der allgemeinen organisatorischen Erfassung von Arbeitern und Unternehmern Rechnung getragen, jedoch den einzelnen Werktätigen freigestellt wird, bei welcher weltanschaulichen Organisation sie Mitglied werden wollen.

Im übrigen wird auch hier der Bogen heute bereits weiter gespannt. In seinem Bericht über den Wiederaufbau sagt das IAA. in diesem Zusammenhang u. a.: «Die wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer und Arbeiter sind nun ein integraler Bestandteil des Baus des modernen demokratischen Staates geworden. Durch den Abschluss und die Durchführung von Kollektivverträgen erfüllen sie in hohem Masse die Funktionen der Regierung in der Industrie. In steigendem Masse nehmen sie an der Aufstellung und Durchführung von Arbeitsgesetzen und der Handhabung gewisser sozialer Institutionen — wie Versicherungskörperschaften und Arbeitsnachweisen — teil. In neuester Zeit ist ihre Mitarbeit in viel weiterem Rahmen gesucht worden, und sie hat sich äusserst nützlich erwiesen. In Fragen der Landesverteidigung und insbesondere der Organisierung der Produktion für dieselbe haben Vertretungen von Staat, Arbeitnehmern und Arbeitgebern in beratenden und ausführenden Körperschaften praktische *Beweise für die Richtigkeit der Berücksichtigung der Erfahrungen von Arbeitern und Unternehmern gegeben und eine direkte Verbindung hergestellt zwischen solchen Körperschaften und der öffentlichen Meinung. Es wird allgemein anerkannt, dass soziale und wirtschaftliche Probleme nicht isoliert betrachtet und behandelt werden können. Wenn soziale Ziele die Grundlage der Politik sind, so wird die Heranziehung von Unternehmern und Arbeiterorganisationen in allen Phasen der Einleitung und Durchführung der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht nur wünschenswert, sondern unentbehrlich.*»

Das IAA. nimmt hier Tendenzen und Vorkehrungen als gegeben an, die in mancher Hinsicht erst noch in die Wirklichkeit umgesetzt werden müssen, und zwar nicht nur in den autoritären Staaten, wo ein solches Mitspracherecht samt dem sozialpolitischen Inhalt des Berner Programmes unter die Räder gekommen sind, sondern auch in demokratischen Staaten wie der Schweiz.

Wenn die Sozialpolitik nicht mehr gesondert von allen andern wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen betrachtet werden kann, so gilt für sie, was für die ganze bestehende Gesellschaftsordnung gilt. Diese liberale Ordnung hat in der Zeit vor dem letzten Krieg ihren Höhepunkt erreicht. Es war eine Zeit, die noch für Menschen aus allen Lagern gemeinsame Nenner und ein Stück gemeinsamen Lebensinhalt hatte: Ausklang europäisch-humanitärer Gesinnung und Rechtauffassung. Sie wurde nach dem Kriege abgelöst durch einen schwachen Versuch der Schaffung eines konkreteren Weltbürgertums auf allen Gebieten der Wirtschaft, des Rechts und der Politik. Dieser Versuch ist gescheitert. Es folgte die völlige Auflösung aller geistigen, politischen und wirtschaftlichen Werte,

und nun ist eine neue Welt im Entstehen begriffen, deren Umrisse sich kaum abzeichnen.

Vielleicht sollten wir Schweizer, da die Schweiz und Schweizerisches in dieser Entwicklung oft zu kurz gekommen sind, die Gelegenheit benützen, bis zur Herauskristallisierung neuer Werte und eines neuen Rahmens, sei es jener Europas oder der Welt, unser eigenes Gedankengut und unsere eigenen nicht geringen Möglichkeiten pflegen, so dass wir mit einer geistigen, politischen und wirtschaftlichen Erbmasse einer neuen Welt gegenübertreten oder in sie eintreten können, die ein positiver Beitrag sein und uns den Respekt der Welt sichern kann.

Es geht nicht, wie gewisse Kreise der Gestrigen sagen, darum, das in der Schweiz erreichte politische, wirtschaftliche und soziale Mass des Ausgleichs durch Plan- und Gemeinwirtschaft « aufs Spiel zu setzen », sondern sich unter möglichster Wahrung schweizerischer Formen und schweizerischer Eigenart auf eine Entwicklung vorzubereiten, die bereits im Gange ist und so oder so ihren Weg zu Ende gehen wird.

Zum Rücktritt von Dr. A. Bohren von der Leitung der SUVA.

Das Ideelle ohne das Materielle ist wirkungslos,
Das Materielle ohne das Ideelle ist richtungslos.
Adler.

Es war ein guter Griff, den der damalige Verwaltungsrat der SUVA getan hatte, als er vor 25 Jahren den Berner Mathematiker und Sozialpolitiker Dr. A. Bohren auf Vorschlag von Papa Greulich in die Direktion der SUVA berief. Damit erhielt die Anstalt eine kraftvolle Persönlichkeit und die Arbeiterschaft zugleich eine Vertretung, von der sie hoffen durfte, dass das junge Werk der obligatorischen Unfallversicherung mit kräftiger Hand und tiefer sozialer Verpflichtung durch die Fährnisse der Anfangsjahre hindurch gesteuert würde. So ist es auch gekommen. Dr. Bohren, zutiefst durchdrungen von jenem Adlerwort, das wir an die Spitze gestellt haben, wusste zu gut, dass zuerst die technischen Grundlagen der Anstalt sichergestellt werden mussten, damit die sozialen Aufgaben der Unfallversicherung erfüllt werden können. Als Mathematiker war es in erster Linie seine Aufgabe, den Grund für eine gesunde Entwicklung zu legen und dafür zu sorgen, dass die Anstalt ihre Verpflichtungen gegenüber den Verunfallten, invaliden Rentenbezügern und den Hinterbliebenen immer und zu jeder Zeit erfüllen konnte. Diese Aufgabe hat er in hervorragender Weise gelöst, so dass die Anstalt